DEMOKRATISCHER WIDERSTAND KOMM ZU DEN BESTEN! Komm zu uns! © Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 179, Samstag, 29. Juni 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: **New Month of States** 1,50 Euro mit Verwendungszweck (rowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange



ndlich! Der Journalist Julian Assange ist auf freiem Fuß. Seit 2012 war er von »Der WestenTM« tyrannisiert und in Folterhaft gehalten worden.

Assanges vermeintliches Vergehen: Er hatte Kriegsverbrechen öffentlich gemacht, die im Zuge der Aggressionskriege ums Öl stattgefunden haben. »Massenvernichtungswaffen«? Nie gefunden. Ausgangspunkt

der völkerrechtswidrigen Invasionen waren drei gesprengte Türme in New York am 11. September 2001.

Für seine Freilassung musste Assange sich auf der Pazifikinsel Saipan, von wo aus die Atombomber nach Hiroshima und Nagasaki geflogen waren, zum Schein »schuldig« bekennen, die US-Kriegsverbrechen öffentlich gemacht zu haben. »Das permanente Washington« (Tucker Carlson) betrachtet Assanges Journalismus als

»Verschwörung zur Beschaffung und Weitergabe von Informationen«. In den von dem Journalisten veröffentlichten Videos (»Collateral Murder«, dt. Kollateralmord), war die Tötung von Zivilisten durch die US-Armee selbst dokumentiert worden. Die Welt schrie auf, Assange erhielt Preise. Die USA und England terrorisierten ihn weiter. – Befreit! Ehefrau Stella und der australische Premier begrüßen Assange am Mittwoch, 26. Juni 2024, im australischen Canberra in der Heimat. Als »Kollateralmord«

betrachten auch viele die mindestens 29.009 mit den Covid-Injektionen Totgespritzten (Zahl laut Arzneimittelbehörde EMA, Datenstand 24. Juni 24, plus eine extrem hohe Dunkelziffer).

Der *DW* klärt führend über die Verbrechen auf, die seit März 2020 »unter der Corona« ablaufen. Dies ist das gedruckte und damit unlöschbare Medium der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung.

◆ Assange, Seiten 4 und 9–13

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

BÜRGERJOURNALIST
Michael Wittwer mit
Preis der Republik
geehrt

AUFARBEITUNG
Die Corona-Lüge fällt
auch bei den Grünen
in Österreich

SEIT 28. MÄRZ 2020
Der Demokalender
unserer Bewegung für
ganz Deutschland

WELTMEISTER
Thomas Berthold
regt Friedensspiel
mit Starbesetzung an

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW 179

- Julian Assange ist wieder frei, Seiten 1, 4, 9 bis 13
- Der Preis der Republik geht an Michel Michael Wittwer,
- Dr. Werner Köhne: Schmerzlich vermisst, Seite 2
- Die große Aufarbeitung, Seite 3
- Prozess gegen Mut-Arzt Dr. Walter Weber, Seite 3
- Neues aus Absurdistan:
- »Jetzt Impfpass checken« und spritzen lassen!, Seite 4
- Julian Assanae befreit und zurück in Australien, Seite 4
- Prof. Martin Schwab: Die deutsche Justiz begreift es nicht, Seite 5
- Wollt Ihr das? »Der Westen« braucht den Dritten Weltkrieg, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Querdenker-Gerichtshof: Fallende Spä(h)ne, Seite 6
- Der chinesische Widerstand machte es der Welt vor, Seite 7
- Pfleger mit Herz: Nachruf auf Werner Möller, Seite 7
- Demo-Impressionen, Seite 7
- Interview mit Ignaz Bearth: »Die Welt erwacht«, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- »De-Banking«: Wenn Regimekritikern Konten gekündigt werden, Seiten 9 bis 13
- Motor Mittelstand: Methoden der Wegelagerei, Seite 10
- Kolumne Medien: Unserem Kollegen, Seite 10
- Anthony Lee warnt die Politik, Seite 10
- »In demokratischen Gesellschaften müssen alle Journalisten publizieren können Seiten«, Seiten 12, 13
- Comedian Nikolai Binner:
- »Bei 60 Anfragen gibt es eine Zusage«, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Sport mit Berthold: Friedensspiel in Russland?, Seite 15
- Christen im Widerstand: Wer bestimmt den Lauf der Zeit?
- Das Letzte von Hendrik Sodenkamp, Seite 15
- Das Zitat der Woche, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme parteiunabhängigen liberalen kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 179. Ausgabe ab Samstag, 29. Juni 2024. | Redaktionsschluss war am 27. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online:

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. Chef vom Dienst: Klaus Müller. Redaktion Krieg & Frieden: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. Sportchef: Thomas Berthold. Layout und Satz: Ute Feuerstacke. Anselm Lenz. Fotoressort: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm, Weitere Redaktionsmitglieder: Ullrich Mies, Wetzel, Batseba N'Diave, Marwin Benfer, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. Korrektorat: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. Verlagsvertragspartner: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diave. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. Verlag: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt

 $\label{eq:nichtohneuns.de} \textbf{NICHTOHNEUNS.DE} \hspace{0.1cm} | \hspace{0.1cm} \textbf{Der} \hspace{0.1cm} \textbf{5-Punkte-Plan} \hspace{0.1cm} \textbf{seit} \hspace{0.1cm} \textbf{28}.$ März 2020: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



igentlich ist er gelernter Elektriker. Aber seit 2018 ist Michel Michael Wittwer, der von den meisten nur »Micha aus Chemnitz« genannt wird, als Videojournalist auf der Straße unterwegs. Damals wurde in seiner Heimatstadt ein Deutsch-Kubaner ermordet. Wittwer war schockiert, als er realisierte, wie die Medien über den Fall und vor allem über die nachfolgenden Demos berichteten.

»Alle Teilnehmer wurden als Nazis diffamiert«, erinnerte er sich im DW-Interview (Ausgabe 167). »Mir wurde klar, dass die sogenannten Leitmedien gesteuert sind und nicht mehr wahrheitsgemäß informieren.« Deshalb fasste er den Entschluss, selbst aktiv zu werden und berichtet seitdem regelmäßig per Demo-Stream live auf bis zu 24 Plattformen. Für die Demokratiebewegung ist der 46-Jährige im Schnitt bis zu 3.000 Kilometer monatlich unterwegs. Schikanen der Polizei nimmt er dabei ebenso in Kauf wie körperliche Angriffe oder gar Mordversuche der

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MICHEL MICHAEL WITTWER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WO-CHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN. Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommv Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minai, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer,

Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger, Monika Donner, Marcus Fuchs

Fake-Antifa. Diese machte sich einmal,

während er seiner Arbeit nachging, an sei-

nem Auto zu schaffen: Die Reifen wurden

leicht angestochen in dem Wissen, dass er

auf der Rückfahrt die Autobahn nimmt.

Zum Glück fiel ihm der lebensgefährliche

Von solchen Angriffen lässt sich Wittwer

nicht einschüchtern. »Ich habe ein dickes

Fell«, sagt er grinsend. »Außerdem betrach-

te ich diese Aktionen gegen mich wie einen

Ritterschlag. Es zeigt mir, dass ich einen gu-

ten Job mache.« Und einen überaus wichti-

gen! Denn »Demokratie und Freiheit in un-

serem Land sind ernsthaft gefährdet«, weiß

der Streamer. Für ihn sind die Zustände im

»besten Deutschland aller Zeiten« inzwi-

schen »schlimmer als früher in der DDR,

weil hier vieles sehr perfide abläuft.« Den

Widerstandskampf sieht Wittwer optimis-

tisch: Zwar liege »noch ein steiniger Weg

vor uns«, aber er ist überzeugt: »Irgend-

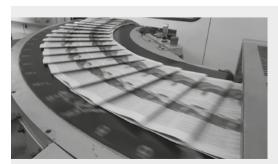
wann werden wir am Ende des Tunnels das

Licht erblicken. Aufgeben ist jedenfalls kei-

ne Option.« Für diesen Kampfgeist gebührt

ihm dieser Preis. Herzlichen Glückwunsch!

Sabotage-Akt vor Fahrtantritt auf.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64 Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

EMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE:

Schmerzlich vermisst

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

inmal mehr diese hartnä-Frage: Warum schwiegen so viele Intellektuelle, als Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Humanität auf dem Spiele standen?

Was hätten die gesagt, die nichts mehr sagen können, weil sie entweder zu gebrechlich oder schon verstorben sind. Einer von denen, deren Stimme ich gern hören würde, ist die des Autors und Mentalitätsforschers Klaus Theweleit. Vor mehr als vierzig Jahren lieferte er mit seinen »Männerphantasien« ein Psychogramm, das nicht nur kraft seiner thesenförmigen Zuspitzung bestach: Theweleit groovte sich tief ein in die Gefühlswelt des deutschen soldatischen Mannes, der in einem Akt panischer Selbstverleugnung maßgeblich an den Katastrophen des zwanzigsten Jahrhundert beteiligt gewesen war. Theweleit ließ in diese historischen Forschungen auch aktuelle subkulturelle Deutungsmuster einfließen. Theweleit verweigerte sich dabei den gängigen Diskurserwartungen, indem er sich in anarchische Assoziationsketten verzettelte, so aber Platz schuf für die Entfesselung von Gedanken. Es entstand eine Art Think Tank, der diesen Namen auch verdiente, in welche die Prosa eines Bob Dylan ebenso zu Wort kam, wie Elias Canettis Versuch einer Massenpsychologie, letztlich aufgefrischt durch eine erfrischend aktualisierte Marx-Exegese.

THEWELEIT, RUTSCHKY, KLUGE, NEGT

Ein zweiter Autor ließ damals mit einem kleinen Band ebenso aufhorchen: Michael Rutschky gewährte uns mit seinem großen Essay »Erfahrungshunger« einen tiefen Einblick in das Soziotop der 1970er Jahre, lieferte eine schillernde formal ambitionierte Analyse, die ebenfalls aus dem üblichen Diskursrahmen fiel. Das Buch bot eine Milieustudie, in der die ganze Hysterie, aber auch Beliebigkeit des Jahrzehnts festgehalten wurde. Er skizzierte dabei Zeitphänomene durch fiktive Porträts, die soviel an Erkenntnissprengstoff enthielten, dass man darüber die postmoderne Literatur vergessen konnte. Wer dieses Buch heute liest, erfährt, was die siebziger Jahre waren und wie der Geist dieser Zeit noch heute in den Köpfen von grünen Geisterfahrern fortwirkt.

Und zuletzt sei hier an ein Buch erinnert, das der Geschichtenerzähler Alexander Kluge und der Gewerkschafter und Soziologe Oskar Negt Anfang der 80er auflegen ließen. Darin verbanden sie objektive Geschichte und subjektiven Eigensinn zu einem anarchischen

und doch sehr strukturierten Mosaik. Mit anderen Worten: Es gab hierzulande einmal eine vitale Diskurskultur, die wir heute schmerzlich vermissen.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro-Ben Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

49 (0)162 / 63 60 112

DIE GROSSE AUFARBEITUNG

Mit der Corona-Lüge wurde keine Seuche bekämpft, sondern ab 2020 das Volk belogen und terrorisiert, ab 2021 in sehr großer Zahl geschädigt und getötet.

ie es zum Zivilisationsbruch unter den Stichworten Corona beziehunsgweise Covid hat kommen können, ist nun Teil der großen Aufarbeitung, an deren Ende die Handschellen an den Armgelenken der Planer und der willigen Vollstrecker »klicken« werden, sind sich viele Demokraten sicher.

Es folgen Auszüge der kommenden Neuerscheinung »Die Große Aufarbeitung«, herausgegeben vom Grünen Verein für Grundrechte und Informationsfreiheit im Wiener Promedia-Verlag, hier zusammengestellt und redigiert für die Anforderungen einer gedruckten Zeitung.

»Die renommierte internationale Weltgesundheitsorganisation WHO«, so dachten wohl die meisten von uns, bis Corona kam. Spätestens seit der Corona-Pandemie – und das zurecht – hat sich die Sichtweise auf diese organisatorisch, finanziell und rechtlich unabhängige Sonderorganisation der UNO massiv geändert. Ihr Sitz ist in Genf, Schweiz, und sie zählt heute 194 Mitgliedsstaaten. Der derzeitige Generaldirektor ist der Äthiopier Tedros Ghebreyesus, ein studierter Biologe und Immunologe.

WHO RIEF FÜNF PANDEMIEN SEIT 2004 AUS

Die hehre Idee zur WHO-Gründung war direkt nach dem Krieg 1945 entstanden und erfolgte schließlich 1948. Die »WHO-Verfassung« legte als Ziel die »Verwirklichung des bestmöglichen Gesundheitsniveaus bei allen Menschen« fest ... sie proklamierte seit Anbeginn auch das Recht auf Gesundheit als Grundrecht des Menschen. Mehr denn je lohnt sich jedoch ein kritischer Blick auf diese Organisation, ihren Generaldirektor Tedros Ghebreyesus und im Besonderen auf ihr »Pandemie-Management«. In den zurückliegenden zwanzig Jahren rief die WHO fünf Pandemien aus. Bei zumindest vier dieser Pandemien häuften sich gravierende Fehleinschätzungen durch die WHO. Zusätzlich kam es durch die empfohlenen Impfstoffe beziehungsweise Medikamente bei allen (!) Pandemien nachweislich zu schweren Nebenwirkungen und Toten.

CHRONOLOGIE DES SCHEITERNS DER WHO-GRÜNDUNG

- 2003 SARS-CoV-1: Ausbreitung von China aus, die Sterblichkeit wurde mit mehr als 9 Prozent viel zu hoch angenommen. Weitreichende Maßnahmen wie Reisewarnungen, Zwangsquarantänen und die Desinfektion ganzer Stadtteile wurden gesetzt. Tatsächlich erkrankten 8.000 Menschen und 258 Menschen starben weltweit. Als Vergleich: Österreich hat jährlich 370 Verkehrstote.
- 2006 Vogelgrippe: Regierungen lagerten massenhaft Masken ein und kauften enorme Mengen an »Tamiflu« der Schweizer Pharmafirma Roche. Weltweit betrugen die Ausgaben der Regierungen für dieses Medikament 8 Milliarden Dollar. Das Mittel war wirkungslos, die Krankeit mid, Roche weigerte sich, Daten und Studien herauszugeben.
- 2009 WHO-Großalarm Schweinegrippe löst Goldrausch aus, rasch ist der Stoff »Pandemrix« von Glaxo-Smith-Kline da, der vor allem bei Kindern und jungen Erwachsenen zu schweren Nebenwirkungen und Narkolepsie führt, einer unheilbaren und schweren Autoimmunerkrankung. Erneut also eine massive Fehleinschätzung der WHO, die Schweinegrippe entsprach der normalen Influenza.
- 2019 SARS-CoV-2: Die Ausrufung eines Internationalen Gesundheitsnotstandes (public health emergency of itnernational concern, PHEIC) erfolgte am 30. Januar 2020 durch WHO-Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus ...

Während der Corona-Krise wurden Expertenkommissionen zusammengesetzt, deren Auswahlkritierien von den politischen Entscheidungsträgern nicht transparent und nachvollziehbar gemacht wurden. Eine

externe Qualitätskontrolle fand in keinem der Fälle statt, zahlreiche Expertenmeinungen und Prognosen wurden im Laufe der Zeit widerlegt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Situation dynamisch entwickelte und das Expertenwissen ebenso entsprechend zunehmen hätte müssen. Da aber die Expertenmeinungen oft nicht den Grundsätzen der evidenzbasierten Medizin bzw. Wissenschaft entsprachen und Grundlagenwissen sowie herrschende Lehre häufig ignoriert wurden, war in vielen Fällen die Widerlegung der Expertenempfehlungen absehbar.

Mittlerweile ist unter anderem [durch die Recherchen der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) und von News] bekannt, dass zahlreiche der Regierungsexperten auch von Pharmafirmen finanziert werden beziehungsweise engere berufliche Verbindungen mit den Impfstoffherstellern haben. Das österreichische Sozialministerium gibt jedoch an, dass die Experten keine relevanten Interessenskonflikte aufweisen. Aber selbst Universitätsprofessor Herwig Kollaritsch führte Folgendes aus: »Ich bin seit Pandemiebeginn als Mitglied des Beraterstabes des Bundesministeriums für Gesundheit, für die Initiative »Österreich impft« und sporadisch für das Bundeskanzleramt mit einem Gesamtaufwand von bis dato etwa 900 Arbeitsstunden unentgeltlich und ehrenamtlich tätig. Damit ich mir das leisten kann, habe ich

- Vortragshonorare von Valneva, Ärztekammer, Apothekerkammer, Medicaldialogue, Teamworx, Grünes Kreuz, Novartis und Roche erhalten
- Aufwandsabgeltungen für die Tätigkeit als »Data safety monitoring board« (Datensicherheitsüberwachungsrat; red.) Vorsitzender/Mitglied in drei Impfstudien bekommen.

Es leiten sich daraus keine Interessenskonflikte ab.« (Die Große Aufarbeitung; Buchempfehlungen Seite 15)



Wird ihr »Grüner Verein« zur Partei? Die Wienerin Dr. jur. Madeleine Petrovic, Jahrgang 1956, war von 1994 bis März 1996 Bundessprecherin der österreichischen Grünen und von 2002 bis 2015 deren Landessprecherin in Niederösterreich. Unter der Corona-Lüge wurde sie zu einem der ersten Österreicher im Widerstand und ließ ihre Parteimitgliedschaft ruhen. Foto: G. Tuby/MeinBezirk.at

PROZESS GEGEN MUT-ARZT DR. WALTER WEBER

Am 19. Juni 2024 und 25. Juni 2024 fanden erneut Verhandlungen gegen den Hamburger Arzt Dr. Walter Weber am Landgericht Hamburg statt. Ihm wird das Ausstellen von »unrichtigen Gesundheitszeugnissen« (Maskenatteste) vorgeworfen, wofür zwei Jahre Haft drohen. Hier wurde unter anderem die Rechtsmedizinerin Dr. Carolin Edler, angestellt am Hamburger Universitätsklinikum (UKE), vernommen. Diese hatte anhand von 14 Fällen ein Sachverständigengutachten im Auftrag der Ermittlungsbehörden erstellt, was für Weber negativ ausgefallen war. Frau Edler gab auf Nachfrage zu ihrem Gutachten an, keine wissenschaftliche Literatur oder Studien für das Erstellen des Gutachtens verwendet zu haben. Sie habe auch keinen einzigen Patienten befragt oder gar getroffen, vielmehr habe sie selber noch nie einen Patienten behandelt. Für den nächsten Prozesstag am 09. Juli 2024, ab 9:15 Uhr am Landgericht Hamburg wurden die Befragung von weiteren Zeugen und ein Rechtsgespräch zwischen Dr. Walter Webers Anwälten Ivan Künnemann und Sven Lausen, der vorsitzenden Richterin Dr. Behr und der Oberstaatsanwältin Schimpeler angesetzt. (Kubach/DW)



Dr. Walter Weber (Mitte) mit seinen Anwälten Ivan Künnemann (li.) und Tom Lausen (re.) im Hamburger Gerichtssaal. Interessierte Bürger, internationale Menschenrechtsorganisationen und Journalisten müssen das Verfahren durch Panzerglas verfolgen. Foto: vku/DW

Quelle: Statistisches Bundesamt Sterbefallzahlen Deutschland 2019 2020 2021 2022 2023 2024 939.520 Sep Dez. Feb Nov. Mai Jun. Jul. insgesamt Jan

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

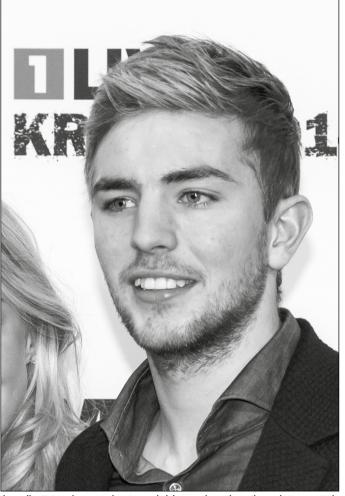
»Jetzt Impfpass checken« und spritzen lassen!

Kramer muckt auf – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

iebe Leser, haben Sie sich schon gesund gespritzt? Vergessen Sie Nahrungsergänzungsmittel wie Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente. Alles überflüssiger Kram! Wozu haben wir denn die Corona-Spritzstoffe?

»Manche Impfungen schützen nicht nur vor den Krankheiten, für die sie entwickelt wurden. Sie bieten auch einen zusätzlichen Nutzen«, berichtet der Focus am 19. Juni 2024 auf seiner Internetseite unter der Überschrift »Jetzt Impfpass checken!«. Die sogenannte Corona-Impfung könne, so heißt es, laut eines US-amerikanischen Forscherteams vor Schlaganfällen schützen. Demnach sei das Risiko für eine schwere Herz-Kreislauf-Erkrankung bei dreifach Gespritzten 41 Prozent geringer als bei Ungespritzten. Auch Grippe-, Gürtelrose- und andere Impfungen würden zahlreiche gesundheitliche Vorteile bieten, könnten beispielsweise vor Alzheimer schützen. Klar, wer sich die Radieschen dank der Injektionen von unten ansieht, muss vor derartigen Krankheiten keine Angst (mehr) haben. Puh, diese Pharma-Propagandisten haben schon einen ziemlich düsteren Humor.

Eine komische Art von Humor ist auch, wie die Tagesschau in einfacher Sprache versucht, ihren Zuschauern den Begriff Rassismus näherzubringen: »Viele Menschen in Deutschland werden unfair behandelt. Und viele Menschen in Deutschland bekommen böse Sachen gesagt, zum Beispiel sagen manche Leute: >Ihr kommt aus einem anderen Land. Oder die Leute sagen: >Ihr seht anders aus als wir.< Die Menschen kriegen deshalb einen Job nicht. Oder die Menschen kriegen deshalb eine Wohnung nicht«, sagte Moderatorin Susanne Holst in der Ausgabe vom 25. Juni und wirkte dabei so, als sei sie selbst nicht die hellste Kerze auf der Torte. Wenn der kleine Massimo allerdings sonntags mit den schwarzen Jungs Fußball spielen will, aber nicht mitspielen darf, weil diese keine Weißen dabei haben



Ihn wollte ZDF-Moderator Jochen Breyer belehren und erziehen: Christoph Kramer, Weltmeister von 2014 in Diensten von Borussia Mönchengladbach, derzeit als EM-Experte fürs ZDF tätig, sollte den Begriff »Spielermaterial« nicht mehr verwenden, machte da aber nicht

wollen, »nein, lieber Massimo, das ist kein Rassismus. Du darfst nur nicht mitspielen. Rassismus ist viel mehr als nur nicht mitspielen zu dürfen«, lautete vor drei Jahren ein Kommentar von WDR Doku auf dem eigenen YouTube-Kanal, der in diesen Tagen dank Twitter-Star Argo Nerd nochmals viral ging. Liegt wohl daran, dass es Rassismus gegen Weiße gar nicht gibt, wie das ZDF in einem Begleittext zu einer Episode seines Formates Unter Anderen aus Dezember 2023 anmerkte, den Apollo-News nun entdeckte. Demnach steht auch die rassistische Entgleisung von Katrin Göring-Eckhardt plötzlich in einem ganz anderen Licht da (DW berichtete). Sie hatte

nach dem 2:0-Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft im EM-Vorrundenspiel gegen Ungarn am 19. Juni getwittert: »Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.« Schuld an diesem Kommentar war ohnehin nicht Göring als Verfasserin, sondern – na, klar – die AfD. Denn »die Bundestagsvizepräsidentin »fühlte sich in der durch die AfD aufgeheizten Stimmung gegen Migranten provoziert«, kommentierte Kristina Dunz für das von der SPD kontrollierte Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Wie tief kann man als »Journalistin« eigentlich sinken?

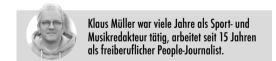
PROPAGANDISTEN IN NEBENSACHE VORGEFÜHRT

Aber nochmals zurück zur *Tagesschau in einfacher Sprache*. In der Ausgabe vom 19. Juni wurde – natürlich ohne entsprechende Belege – erklärt: »Rechtsextreme sagen zum Beispiel: ›Ausländer sind

weniger wert als Deutsche. Rechtsextreme sagen manchmal auch: >Menschen mit Behinderung sind weniger wert. Viele Menschen sagen: >Die Partei AfD kann deshalb gefährlich sein für Deutschland. Mehrere Vereine sagen deshalb: >Die Partei AfD soll deshalb verboten werden. Mir fällt dazu nur ein: Unendlich viele Menschen sagen, früher holte die Müllabfuhr den Müll ab, heute liefert der ÖRR den Müll direkt ins Wohnzimmer. Pfui! Propaganda im Endstadium. Wird allerhöchste Zeit, dass der ÖRR endlich entsorgt wird.

ring-Eckhardt plötzlich in einem ganz anderen Licht da (DW berichtete). Sie hatte wissen, in *ARD* und *ZDF* nicht mehr guten Gewissens ansehen. Die jüngste Peinlichkeit leistete sich ZDF-Moderator Jochen Breyer, der am 20. Juni in der Vorberichterstattung zum Spiel Spanien gegen Italien meinte, seine Experten Per Mertesacker und Christoph Kramer, beide Fußball-Weltmeister von 2014, belehren zu müssen. Sie sollten den – für Fußballfans völlig geläufigen – Begriff »Spielermaterial« nicht mehr verwenden, da viele Zuschauer das Wort kritisch sehen würden. Man solle künftig lieber vom »Spielerpotenzial« oder »Kader« sprechen. Sagte der Sprachpolizist, den das ZDF 2014 vermutlich beinahe gefeuert hätte, weil er im Morgenmagazin, das damals u. a. einen Beitrag über böse Hooligans brachte, ein olivgrünes Hemd getragen hatte, das auf dem Bildschirm braun aussah, weshalb sich der Sender genötigt sah, die Zuschauer um Verzeihung zu bitten: »Wir entschuldigen uns für den entstandenen Eindruck.« Wie krank! Bleibt zu hoffen, dass sowohl Mertesacker als auch Kramer auf braune oder braun wirkende Kleidungsstücke verzichten, um nicht ins nächste Fettnäpfchen zu treten. Zudem sollten sie es tunlichst vermeiden, die 88. Spielminute, den Spielführrrer oder Rrrechtsverteidiger zu errrwähnen.

Ach, was. Kramer reagierte weltmeisterlich, verwendete nach dem Erziehungsversuch Breyers das Wort bewusst ein weiteres Mal, in der nächsten Sendung sogar – schelmisch grinsend – mehrfach. Bravo! Genau so muss man mit den *woken* Gutmenschen umgehen. Und auch DFB-Stürmer Niclas Füllkrug schaltete sich in die Debatte ein, wandte sich an das *ZDF* mit der Bitte, ein *Statement* von ihm zu senden: »Wir haben gutes Spielermaterial. Liebe Grüße an Per Mertesacker und Chris Kramer.« Recht hat er. Und es wird Zeit für neues Propagandisten-, äh, Moderatorenmaterial ...





JULIAN ASSANGE BEFREIT UND ZURÜCK IN AUSTRALIEN

»Julian Assange ist zurück in seiner Heimat Australien. Um 19.38 Uhr Ortszeit (11.38 Uhr deutscher Sommerzeit) ist der Whistleblower und WikiLeaks-Gründer in der Hauptstadt Canberra gelandet. Dort wurde er von seiner Ehefrau Stella Assange, Vater John Shipton und dem australischen Premier Anthony Albanese erwartet«, kamen unsere »Kollegen«, die perversen Lügenschweine vom Wochenanzeiger »Die Zeit« nicht umhin zu melden.

»Ich möchte auch dem australischen Volk danken, das dies möglich gemacht hat, denn ohne seine Unterstüzung hätte es den politischen Spielraum nicht gegeben, Julians Freilassung zu erreichen«, hob Anwältin Stella Assange und Mutter zweier Kinder mit Julian Assange nach dessen Landung in der Heimat heraus. »Es erforderte Millionen von Menschen, Straßendemos über Tage, Wochen, Monate und Jahre – und wir haben es erreicht!«, stellte Stella Assange klar.

Auch der australische Premierminister Anthony Albanese (Partei der Arbeit) und die Oppositionsparteien hatten sich unter anderem mit Reden im englischen Parlament für den Journalisten und australischen Staatsbürger Julian Assange eingesetzt, nachdem auch einer der ganz wenigen Friedenspräsidenten der USA, Donald Trump, Julian Assange auch nicht freigelassen hatte.

»Der Umgang mit dem großen Journalisten und Bürgerrechtler Julian Assange ist eine Schande für die ganze Menschheit!«, kommentierte der Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung, Journalist und Verleger Anselm Lenz am Dienstag. »Assange hat lediglich einige der perfidesten Verbrechen der Geschichte offengelegt, darunter die geplante Überwachung aller durch den perversen Tiefen Staat, das Ganze war von der US-Armee selber dokumentiert worden, Kollege Assange machte nur seine Arbeit, er tat gewissermaßen seine Pflicht als Journalist.« Die großen Aufklärer an der Seite Assanges – die Soldaten Edward Snowden und Chelsea Manning – flohen entweder ins Exil ins freie Moskau (Snowden) beziehungsweise ließen eine Geschlechtsumwandlung vornehmen (Manning).

Was »den Westen« störte: Dass mit den dokumentierten Kriegsverbrechen das gesamte Lügengebäude seit der Sprengung der drei Türme von New York auch im »Mainstream« zusammenstürzte. Das US-Imperium (»Der Westen«) benötigt Kontrolle über die Rohstoffe der Erde, um sein bröckelndes Dollarsystem aufrecht zu erhalten, mit dem seit 100 Jahren Militär, ausschweifende Konsumtion und Bestechung finanziert werden. Ein Teufelskreislauf. (jro/bat)

Politik & Recht



DIE DEUTSCHE JUSTIZ BEGREIFT ES NICHT

KOLUMNE RECHTSSTAAT von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Mehrere Urteile der vergangenen Tage zeigen, dass die deutsche Justiz die Wahrheit über Corona einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen will.

Für zwei Jahre und acht Monate soll die Ärztin Bianca Witzschel wegen angeblich falscher Corona-Atteste hinter Gitter. Grund: »Wir hatten eine Epidemie, die vergleichbar war mit der Cholera des 19. Jahrhunderts.« So zitiert Ansage.org vom 19. Juni 2024 aus der mündlichen Urteilsbegründung (auch DW berichtete/Anm. d. Red.). Das Gesundheitssystem sei überlastet gewesen. Viele Menschen seien gestorben. Kein Wort davon, dass das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der TU Berlin für 2020 ein historisches Allzeittief in der Bettenbelegung festgestellt hatte. Kein Wort davon, dass die Arbeitsgruppe Influenza im Rahmen der Sentinel-Überwachung zwischen KW 16 und KW 38 keinen einzigen Fall von SARS CoV-2 (wohl aber etliche Atemwegserkrankungen durch andere Erreger) zu berichten wusste. Kein Wort davon, dass in der angeblichen Killer-Pandemie Kliniken geschlossen, Ärzte und Pfleger in Kurzarbeit geschickt wurden und jene, die noch arbeiten gingen, auf den Krankenhausfluren Party feierten.

Im Fall Bianca Witzschel bin ich auf die schriftlichen Urteilsgründe gespannt. Wurden die Patienten tatsächlich untersucht, und wenn ja: woher nimmt das LG Dresden den Sachverstand, die Diagnosen für unzutreffend oder unzureichend zu erklären? Sofern die Atteste aus der Zeit vor dem 24. November 2021 stammten (als die frühere Fassung des § 278 StGB noch galt), mussten sie »zur Vorlage bei einer Behörde« ausgestellt sein. Behörden in diesem Sinne sind,



»Deutschland (gemeint ist die BRD; red.) versinkt im Totalitarismus und zertritt die Anti-Covid-Maßnahmen-Proteste auf die chinesische Art«, kommentierte schon 2021 ein amerikanischer Journalist das tyrannische Terrorregime in deutschen Landen. Der neofaschistische Polit- und Medienapparat von »Der Westen« dreht seit dem De-facto-Zusammenbruch des Dollars ab 2019 durch (»Germany goes full-blown totalitarian with smashing the anti-covid-measures protests this weekend in China Style«; TR am 30. August 2021). Zuletzt müssen Palästina und die weltweiten Großdemonstrationen gegen den Völkermord »daran glauben«: Den »Exzeptionalismus« des Washingtoner Apparates und seiner De-facto-Ableger wie NATO, BRD und EU, die sich nur noch mit purer Unterdrückung der Völker über Wasser halten – so die Ansicht von Milliarden von Menschen in der Welt. (jro) Foto: Polifa

so der BGH (Urteil vom 10. November 2022 – 5 StR 283/22, Rn. 32): »nur solche Stellen, welche die vorgelegten Zeugnisse zur Beurteilung des Gesundheitszustands einer Person verwenden«.

Ohne eigenen medizinischen Sachverstand, der eine solche Überprüfung überhaupt erst ermöglicht, wird eine staatliche Stelle also nicht zur »Behörde«. Insbesondere Polizei und Schule sind damit keine »Behörden« und Atteste aus der Zeit vor dem 24. November 2021, die ihnen vorgelegt werden sollten, folglich selbst dann nicht strafbar, wenn sie tatsächlich falsch sein sollten. Enthält das Urteil des LG Dresden zu diesem Aspekt überhaupt irgendwelche Feststellungen?

TYRANNEI DURCH BRD-JUSTIZ

Das Bundesarbeitsgericht hält es für gerechtfertigt, dass Arbeitgeber im Gesundheitswesen, solange die einrichtungsbezogene Nachweispflicht galt (§ 20a IfSG a.F.), ihre nicht gegen SARS CoV-2 geimpften Beschäftigte ohne Lohn freistellen durften – und zwar auch dann, wenn das Gesundheitsamt (noch) kein Betretungsverbot verhängt hatte.

WOLLT IHR DAS?

»Der Westen ${}^{\scriptscriptstyle{\mathrm{TM}}}$ « braucht den Dritten Weltkrieg: »Alle müssen mit «

»Der Mythos der nie kriegsmüden Ukraine ist heilig«, kommentierte der Journalist Peter Nowak bei unseren Kollegen von Telepolis.

Mindestens 600.000 junge Männer« seien in EU-Länder geflohen, »weil sie nicht eingezogen werden wollen und weil sie nicht in diesem Krieg ihr Leben verlieren wollen«. Dabei hatte sich die Russische Föderation längst wieder »zu Verhandlungen bereit erklärt«, wie Branko Marcetic an selber Stelle darlegt. »Die Bedingungen sind sehr einfach«, wie aus einem vielfach bestätigten Originalvideo vom russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin hervorgeht. »Die ukrainischen Truppen müssen vollständig aus den Volksrepubliken Donjetsk und Luhansk sowie aus den Regionen Cherson und Saporischja abgezogen werden«, so Putin in dem an die Weltöffentlichkeit gerichteten Video.

Weiter führt der russische Präsident aus: »Sobald Kiew erklärt, dass es zu einer solchen Entscheidung bereit ist, und mit dem tatsächlichen Abzug der Truppen aus diesen Regionen beginnt, sowie offiziell mitteilt, dass es seine Pläne, der NATO beizutreten aufgibt, wird von unserer Seite buchstäblich in derselben Minute ein Befehl zur Feuereinstellung und zur Aufnahme von Verhandlungen folgen.« Diese dokumentierte Original-Stellungnahme Putins, die seither um die Welt geht, aber in den Propagandamedien von »Der WestenTM« verschwiegen wird, war am Tag vor Beginn der Schweizer Fake-Friedenskonferenz am 15. und 16. Juni 2024 erschienen – die perverserweise ohne russische Vertreter ablief und damit keinen Friedensschluss zum Ziel haben kann. Die USA brauchen dringend den Dritten Weltkrieg und bereiten diesen faktisch unzweifelhaft seit vielen Jahren und systematisch vor – inklusive der Neueröffnung eines gigantischen Krankenhauskomplexes nur für US-Staatsbürger auf deutschem Boden (DW berichtete) und zuletzt einem neuen US-Kommandozentrum für den Ukraine-Krieg in Wiesbaden.

DIE FREIE WELT HEISST HEUTE EHER RUSSLAND?

Der Journalist und Aufklärer Julian Assange hatte bereits Anfang der Nullerjahre nach Sichtung von US-Kriegsplänen gewarnt: »Sie wollen einen ewigen Krieg an der Kante zwischen Ost- und Westeuropa!« Dazu passt, dass der BRD-Staat erstmals seit 1989 einen neuen Wehrplan mit massiver Aufrüstung vorstellte. Die Rolle Russlands im sich seltsam schematisch aufbauenden Weltkriegsszenario und bei der Corona-Lüge ist teils unklar. Klar ist jedoch, dass Russland vielen pro-demokratischen Dissidenten und Aufklärern aus aller Welt im eigenen Land Schutz gewährt und weltweit mittlerweile beliebter ist als Washington, insbesondere in Lateinmaerika, Afrika und im Nahen Osten, zunehmend auch unter den Völkern von »Der WestenTM«. Alle müssen mit? Lieber nicht in den Weltkrieg, oder! (Anselm Lenz)

Die Tagesschau vom 19. Juni 2024 referiert die mündliche Urteilsbegründung wie folgt: »Es sei hinreichend deutlich, dass es bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht im Gesundheits- und Sozialbereich um den Schutz kranker und pflegebedürftiger Menschen ging (...). Eine Beschäftigung von Ungeimpften sei Arbeitgebern schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich gewesen.« Später heißt es dann noch: »Das Infektionsschutzgesetz habe Arbeitgebern einen Ermessensspielraum eingeräumt.«

Hatte nicht die EMA am 18. Oktober 2023 dem niederländischen EU-Abgeordneten Marcel de Graaff bestätigt, dass die COVID-Injektionen nur für den Eigenschutz, nicht aber für den Fremdschutz zugelassen sind? Konsequent enthält der Public Assessment Report, den die Kommission für Humanarzneimittel bei der EMA für den BioNTech-Stoff am 19. Februar 2021 vorgelegt hat, an zwei Stellen die klare Aussage: Ansteckungsschutz wurde in den klinischen Studien nicht geprüft. Und wenn die Tagesschau die mündliche Urteilsbegründung richtig wiedergegeben hat, enthält diese sogar einen eklatanten Widerspruch: Wenn es aus rechtlichen Gründen nicht möglich war, ungeimpfte Arbeitnehmer zu beschäftigen, kann der Arbeitgeber keinen Ermessensspielraum gehabt haben. Richtig ist indes Folgendes: Die Gesundheitsämter hatten ein Ermessen, Betretungsverbote auszusprechen. Solange sie dies nicht taten, durften und mussten die Beschäftigten arbeiten gehen. Von einem Ermessen des Arbeitgebers wusste \S 20a IfSG nichts.

Im Sommer 2020 wurde in Göttingen wegen einer auffälligen Häufung positiver PCR-Tests ein ganzer Wohnblock abgeriegelt. Ohne Rechtsgrundlage, wie zwischenzeitlich das Verwaltungsgericht (VG) Göttingen feststellte. Die Anwohner sollen aber jetzt, so das OLG Braunschweig, keine Prozesskostenhilfe für ihre Schmerzensgeldklage bekommen. Die Berliner Zeitung vom 25. Juni 2024 gibt die Gründe wie folgt wieder: »Die Stadt habe die Quarantäne-Verfügung aus damaliger Sicht rechtmäßig zum Schutz der Bevölkerung erlassen. Es sei eine exponentielle Ausbreitung des Virus in dem Gebäude befürchtet worden. Die individuellen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner hätte daher hinter dem Schutz für Leib und Leben zurücktreten müssen.«

Nein, liebes OLG! Es steht rechtskräftig fest, dass die Abriegelung rechtswidrig war! Und dass ein positiver PCR-Test für sich allein keine Infektion nachweist, kann man beim RKI nachlesen (Epidemiologisches Bulletin 39/2020, S. 3 ff.).

MELDUNG

VERFAHREN GEGEN CUM-EX-BANKIER EINGESTELLT

Bonn/Berlin/DW. Olaf Scholz (SPD) atmet auf: Das Verfahren gegen den früheren Warburg-Bankier Christian Olearius im größten Steuerhinterziehungsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in dem auch der umstrittene und unbeliebte deutsche Kanzler verwickelt ist, wird am Landgericht Bonn eingestellt. Dies wurde am 24. Juni 2024 bekannt. Als Begründung nannte das Gericht den angeschlagenen Gesundheitszustand des 82-Jährigen, dem Steuerhinterziehung in einem erheblichen Ausmaß vorgeworfen wird. Gemeinsam mit der SPD Hamburg soll Olearius versucht haben, Ermittlungen zu behindern, auch um eine mögliche Beteiligung von Scholz zu verschleiern. Dem Privatbankier hätten im Falle einer Verurteilung zehn Jahre Haft gedroht. Der Schaden für die Bevölkerung wird auf 280 Millionen Euro beziffert. (kmü)

ERMITTLUNGEN GEGEN BAERBOCK-MITARBEITER

Berlin/Cottbus/DW. Die Staatsanwaltschaften Berlin und Cottbus ermitteln gegen mehrere Mitarbeiter von Annalena Baerbocks (Grüne) geführtes Außenministerium. Dies berichtete der Focus am 26 Juni 2024. Demnach gehe es um »Tausende Personen, die in den letzten fünf Jahren mit minderwertigen Papieren nach Deutschland eingereist sind - und dann Asyl beantragt haben«. Nach Angaben des Magazins sollen die entsprechenden Beamten Mitarbeiter in deutschen Botschaften und Konsulaten angewiesen haben, »Antragsstellern mit unvollständigen oder offensichtlich gefälschten Papieren die Einreise in die Bundesrepublik zu genehmigen«. Laut Bild erklärte das Auswärtige Amt dazu: »In den drei uns bekannten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften Berlin und Cottbus geht es um Einzelfälle, in denen es Fragen zu den bei der Einreise genutzten Dokumenten gibt.« Man habe, »auf die uns bekannten Einzelfälle mit organisatorischen Maßnahmen reagiert«. (kmü)

AUSGANGSSPERRE WAR VERFASSUNGSWIDRIG

Weimar/DW. Das Thüringer Verfassungsgericht hat am 26. Juni 2024 die Corona-Ausgangsbeschränkungen vom Januar 2022, von der alle »Ungeimpften« und »Genesenen« betroffen waren, für nicht rechtens erklärt. Grund: Sie hätten das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit verletzt. Die Entscheidung bezieht sich jedoch nur auf den Geltungszeitraum der Verordnung vom 21 Januar bis 6. Februar 2022. Angegriffen worden war diese damals von der Thüringer AfD-Landtagsfraktion, die zuvor mit der Überprüfung mehrerer Schutzverordnungen vor dem Verfassungsgerichtshof abgeblitzt war, nun aber zumindest für den genannten Zeitraum recht bekam. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2 DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1 DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8 HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio Rothenbaumchaussee 132

HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1 HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus

• Rudolf-von-Bennigsen Ufer 22 HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Straße 46 KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3 KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional Münsterplatz KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1 LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5 PLAUEN: Montag 17.00 MDR • Regional Wendedenkmal POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20 SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Sagrland • St.-Johanner-Markt

 Schlossgartenallee 61 SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz GÖRISRIED: Samstag 11.00 • Allgäuer Zeitung • Schildbürgeraktion WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. • Nachr. Hugo-Borg-Platz ZELTWEG - A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstraße 16

SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio

SCHÄRDING - : A Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz -ALTHÜTTE. 18 Uhr. am Rathaus – BAD LOBEN-STEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLS-HORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke - BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 - DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz - DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus-EINBECK, 18 Uhr, am Till-Eulenspiegel-Brunnen - ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus - FREI-GERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus - FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas - HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus - KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAU-SEN. 18 Uhr. am Kirchplatz – LAUENBERG. 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus - MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche - NEUBRANDEN-BURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE! GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de		
Sa, 29.6.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 29.6.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 29.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 29.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 29.6.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 29.6.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 29.6.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 30.6.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 1.7.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20 Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang Spaziergang Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 1.7.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 1.7.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 1.7.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 1.7.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr Mo, 1.7.2024 18-19:30 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-20:30 Uhr Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	München, Stachus Naumburg, Vogelwiese Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang Spaziergang Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 1.7.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19.30 Uhr	Solingen, Am Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 1.7.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 1.7.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 1.7.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 1.7.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 1.7.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 2.7.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 2.7.2024 18-20 Uhr Di, 2.7.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz Varel, Rathaus Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang Spaziergang Spaziergang
Di, 2.7.2024 19-21 Uhr Di, 2.7.2024 19-21 Uhr Mi, 3.7.2024 15-16:30 Uhr	Wolgast, Am Kai Bielefeld, Rathausplatz	Demoaufzug Spaziergang
Mi, 3.7.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 3.7.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 3.7.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 3.7.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 3.7.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 3.7.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 3.7.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 3.7.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 3.7.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 3.7.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 3.7.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 27.6.2024 18-21 Uhr Do, 4.7.2024 18-20 Uhr	Baunatal, am Marktplatz Bebra, Rathausmarkt Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke MvRichthofen-Str.	Spaziergang Spaziergang
Do, 4.7.2024 17:30-18:30 Uhr Do, 4.7.2024 18-21 Uhr Do, 4.7.2024 15-18 Uhr	Demmin, Am Marienhain Frankfurt, Bertramstr. 8	Schilderdemo Demo Mahnwache
Do, 4.7.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 4.7.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 4.7.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 4.7.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 4.7.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 5.7.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 5.7.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 6.7.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 6.7.2024 11-14 Uhr	Berlin, Unter den Linden 4	Friedensfahrt
Sa, 6.7.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Sa, 6.7.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 6.7.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.7.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 6.7.2024 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz, am Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 6.7.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 6.7.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 6.7.2024 18-20 Uhr Sa, 3.8.2024	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus Berlin, Siegessäule te an die E-Mailadresse veranstaltung@den	Demo GROBDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



FALLENDE SPÄ(H)NE

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Gründer der Polizisten für Aufklärung

Bekanntermaßen haben wir in der BRD der Gegenwart viele Fälle von Julian Assanges zu beklagen. Die zumindest partiell gleichgeschaltete Staatstruppen und Justiz verfolgen Kriegsgegner und Aufklärer des Corona-Spritzengenozids weiterhin teils erbarmungslos.

DW zugespielte Prozessakten offenbaren einen Staat, der vielfach mit Stasi und sogar der Gestopa verglichen und in der Folge gleichgesetzt oder von Betroffenen als schlimmer und totalitärer beschrieben wird.

Der Immobilienhändler, Lebemann und zwischenzeitliche Bundesgesundheitsminsiter Jens Spahn (CDU) rief im April 2024, nach dem absolut finalen Fall der Corona-Kriegsvorbereitungslüge durch vier Jahre dieser Zeitung und schließlich der erzwungenen Veröffentlichung der RKI-Protokolle, gegenüber unseren Kollegen von NTV aus: »Die Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden!« Das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof wird nun eröffnet am 2. August 2024 in Berlin, am Tag danach findet die Demonstration um den großen Bürgerrechtler Michael Ballweg statt. Ballweg war ab Juni 2022 unter pervers fingierten Umständen neun Monate lang vom BRD-Regime ohne Anklage in Stuttgart-Stammheim in Folterhaft gehalten worden.



Bis zum umfassenden Sieg! - Der DW-Ehrenherausgeber auf dem Flugfeld von Canberra am Mittwoch. Foto via Stella Anssange

Die durch das Lügenregime Inhaftierten harren weiter ihrer Befreiung, darunter (Postanschriften)

- Justizvollzugsanstalt Landshut, Maximilian Eder, Berggrub 55 84036 Landshut, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael Fritsch, JVA Weiterstadt, Vor den Löserbecken 4, 64331 Weiterstadt/Hessen, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea Thul, Simmerener Str. 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf des Regimes: Volksverhetzung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von Pescatore, Asperger Str. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas Meyer, Asperger Str. 60, 70439 Stgt.- Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justivollzugsanstalt Schw.-Gmünd, Johanna Findeisesn-Juskoswiak, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr. 111, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung von Cannabis an Patienten. (jro)

WENN ES DAZU KOMMI

Der chinesische Widerstand gegen das Corona-Terrorprogramm machte der Welt vor, wie ein entschlossenes Volk Fakten schafft. Entscheidend war der entschlossene Einsatz der Bürger und Arbeiter in der Stadt Tschengtschau Schi (鄭州市 / 郑州市 / Zhengzhou). EINSCHÄTZUNG von Batseba N'Diaye, Kassel

n sehr vielen, aber bei weitem nicht allen Ländern der Erde wurde sie implementiert: Die Corona-Terrorlüge. Der Berliner **BRD-Apparat** wollte unbedingt ganz vorn dabei sein beim Terror gegen die Völker. Schon 80 Kilometer östlich von Berlin, in der Republik Polen, fielen die Maßnahmen weitaus milder aus und wurden bald vom Volk gar nicht mehr umgesetzt. Die »Corona-Zeit« fand schlichtweg nicht statt. Schweden stellte von Beginn an den ganzen Lügenapparat in Frage.

Afrikanische und lateinamerikanische Länder stellen sich teils offen gegen den Wahnsinn. Einige führende Politiker bezahlten das Aufbegehren gegen das Programm der CIA, der vom PC-Rentner mit Hunderten Milliarden Dollar in der Portokasse, Bill Gates, und weiterer globaler Herrschaftsund Terroroganisationen mit ihren Leben. »Tansanias Präsident, John Magufuli, hat Covid-19-Testkits in seinem Land als mangelhaft bezeichnet. Man habe unter anderem Proben einer Papaya-Frucht und einer Ziege an das nationale Labor geschickt und diese Ergebnisse seien positiv gewesen. Die WHO weist Magufulis Äußerungen zurück.«

DER TOD **MAGUFULIS**

Das meldete der Sender NTV am 7. Mai 2020. Sechs Tage zuvor war der bekannte deutsche Journalist, Buchherausgeber und Dramaturg Anselm Lenz in Berlin wegen des Verteilens dieser Wochenzeitung inhaftiert und gefoltert worden. Magufuli verstarb unter mysteriösen Umständen am 17. März 2021 in Daressalam.

In China liefen die Folgen des Seuchennotstands-Komplotts nach der BRD und Australien am grauenhaftesten ab. Dazu zählen die flächendeckende Isolierung von Alten und Kindern, Frauen und Männern. Die Umzäunung und Abkoppelung ganzer



In der Region Henan kam es ab 23. November 2022 zu massenhaften radikal entschlossenen Aufständen, insbesondere aus den ohnehin umstrittenen Apple-Fabriken in Tschengtschau, aber auch durch Händler und Familien. Der Kampf verlief erfolgreich, Inlandstruppen und Terrormaßnahmen kamen nicht zurück. Foto: Anonym (Tschengtschau 23. November 2022)

Wohnanlagen. Der bis in die absurdesten Perversionen getriebene Hygienezwang. Die absichtliche totale Verängstigung insbesondere von Kindern. Das Auseinandertreiben von Familien und Kollegien, Schulkassen und der Öffentlichkeit. Das gezielte Hineinbringen von Hass, Spaltung und Hetze in die Völker, von oben herab bis in abgelegene Gemeinden.

Die Drastik der »Maßnahmen« war in China nicht nur mit denen in der BRD vergleichbar, sondern unterbot die Perfidie der Vorgänge im »besten Deutschland, das es jemals gegeben hat« (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, SPD) noch um ein weiteres Stück. Am 23. November 2022 kam es dann zu großen Revolte der Apple-i-Phone-Arbeiter gegen das Corona-Regime in der chinesischen Stadt Tschengtschau Schi.

Im Zuge der revolutionären Aufstände wurde die neue Hygienepolizei physisch angegriffen und vertrieben, Zonen-Barrieren für die 15-Minuten-Konzentrationslager niedergerissen sowie Überwachungskameras

konsequent zerstört, zudem weitere neue technische und biopolitische Einrichtungen (»Gesundheit«) vernichtet, darunter Zelte für die Todes-Injektionen oder vermeintliche »Bürgertests«. Seit Wochen hatten in der Tschengtschau umgebenden Region Henan in der östlichen Mitte der Volksrepublik China bereits massenhafte und echte Aufstände gegen das Corona-Regime stattgefunden, das in China neben der BRD und Australien als das rigideste der Welt galt.

CHINA BEENDETE PLANDEMIE

Die Meldung der Aufstände blieb zunächst in westlichen Propagandamedien aus. Erst als die chinesische Regierung reagierte und das Corona-Regime praktisch einstellte, berichteten gleichgeschaltete und von Gates bestochene Lügenmedien wie »Der Spiegel« feierlich von den angeblich pro-westlichen Aufständen – die indes zumeist mit der chinesichen roten Nationalfahne vorgetragen wurden.

Die Bewaffnung der Revolte von Tschengtschau Schi verlief über eine gut organisierte Arbeiterschaft aus den Apple-Fabriken und weiteren, die sich aus sich selbst heraus »a) organisierte, b) formierte, c) entschlossen und robust« vorging, wie uns ein chinesisch sprechender Gewerkschafter, der den DGB 2021 verlies, schildert. »Barrierenteile, Barrikaden, Werkzeuge, Autoteile, Bolzenschneider und gekaperte Schusswaffen der Volksarmee«, so unsere Berichterstatterin, sollen der Volksbewegung gegen den perversen Corona-Terror zur Durchsetzung verholfen haben. In den DW vorliegenden Originalvideos (DW berichtete bereits 2022, wie in so vielen Fällen, zuerst und am besten informiert) beeindruckt der Aufstand allerdings vor allem durch massenhafte Beteiligung und absolut unbeugsames Vorrücken sogar gegen Truppen der Volkspolizei unter Absingen der Nationalhymne.

Auch in der BRD wird vermehrt über Bewaffnung zur Selbstverteidigung gegen die Unterdrücker diskutiert. Hintergrund ist der als »endloser Krieg« (Julian Assange) geplante Konflikt um die Ukraine einerseits. und andererseits die Bedrohung durch das Regime mit weiteren »Plandemien« und kriminellen Übergriffen auf Kinder, Leib, Leben, Unversehrtheit, Wohnung, Beruf, Information, persönliches Eigentum und Individuum durch das Terrorregime, durch die politmediale Kaste, durch Verleumder und deren willige Vollstrecker.

DIE NO. 1 WELTWEIT NICHTOHNEUNS.DE

Ȇberleben und schützen« sowie »Jetzt selbst bewaffnen! Was man beachten muss« heißt es bereits in Ratgeberschlagzeilen unserer Branchenkollegen vom »rechten« Magazin Compact. »bewaffnen ist möglich und vielerorts bitter nötig. Mit legalen Waffen. Doch Achtung, es gibt dabei einiges zu beachten!«, heißt es. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung legt seit ihrer Geburtsstunde, seit der massenhaften Verteilung der ersten Flugblätter im März 2020 mit dem Aufdruck »Demokratischer Widerstand« und



Demokrat in Trostberg am 21. Juni 2024. Foto: Telegram/Demofo



Dresden bleibt stabil. Wie gehabt ein riesiger Montagsspaziergang am 24. Juni



dem verweis auf NichtOhneuns.de, seit der Verteilung der Grundgesetz-Exemplare auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin am 28. März 2020, allergrößten Wert auf ihren friedliche Charakter.

Ob der aber aufrechterhalten kann, sollte das Regime - in welcher Form und Verkleidung auch immer – wieder angreifen, ist in der lebendigen Diskussion. Die erfolgreiche Revolte von Tschengtschau Schi mit dem effizienten geeinten bürgerschaftlichen Engagement bei Abbau und Unschädlichmachung von Überwachungstechnik, Roboterfahrzeugen und auch das Volk angreifenden Truppen ist dabei vielen Demokraten ein Vorbild. Viele andere sehen ihre Hoffnung indes inzwischen in der Partei AfD und deren Umfeld, der einzigen größeren Partei, in der einige Vertreter glaubwürdig und dauerhaft für Frieden und Plandemieterror auftreten. Beim neuen Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bestehen nach wie vor Unklarheiten vor allem beim Thema WHO und »Plandemie«.

Die neue Friedens-und Demokratiebewegung hat von Beginn an ein herzensgutes, glasklares, unmissverständliches und realistisch umsetzbares Programm - den Fünf-Punkte- Plan: Erstens das sofortige Beendigung der Corona-Maßnahmen (und damit auch des WHO-Kontraktes), zweitens das bedingungslose Einhalten von Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex in Wortlaut und Sinn, drittens Neuwahlen unter Brechung des Parteienprivilegs und mit imperativem Mandat, viertens Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten wie jede Kriegsbeteiligungen, Rüstungspläne, Staatlichkeit und Souveränität betreffende Fragen, Währung und so weiter. Und fünftens die Verfassungserneuerung aus dem Volk selbst inkluive einer Wirtschafts- und Sozialcharta. »Es gibt nach den Erfolgen seit März 2020 keinerlei Anlass, sich auf weniger hinunterquatschen zu lassen, wir alle sind die Nummer eins«, so der Begründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung, Anselm Lenz, auf Nachfrage in der DW-Heimatredaktion.



PFLEGE MIT HERZ, RÜCKGRAT UND VERSTAND Ein Nachruf auf Werner Möller | Von Sabrina Kollmorgen und der Initiative »Die Blaulichtfamilie«

In der Coronazeit stand Werner Möller von Anfang an mit der von ihm gestarteten Initiative »Pflege für Aufklärung« in der ersten Reihe. Völlig überraschend und unerwartet hat uns die Nachricht seines Ablebens erreicht. Wir haben ihn kennengelernt als unermüdliche treibende Kraft im Sinne der Aufklärung, vor allem aber für eine Verbesserung der Bedingungen in der Pflege, sowohl für das Personal als auch für diejenigen Mitmenschen, die gepflegt werden.

Unsere Gedanken und Gebete sind bei seiner Ehefrau, der Familie und seinen engsten Freunden. Seiner Ehefrau wünschen wir auf dem Weg des Abschieds von ganzem Herzen die Kraft, die sie braucht, um Werner in Frieden und Liebe gehen zu lassen.

Sein Wirken für Aufklärung und für die Pflege ist und bleibt von größter Bedeutung für uns alle. Die maßgeblich von ihm gestaltete und betreute Webseite www.pflegefueraufklaerung.de ist eine Dokumentation der Zeitgeschichte. Alles Gute auf deinem letzten Weg,

LIEBER WERNER. RUHE IN FRIEDEN.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf **demo- kratischerwiderstand.de/vertei- len** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre
 Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden,
 dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Die Welt erwacht«

Der politische Aktivist, Livestreamer und Vlogger Ignaz Bearth beurteilt im Gespräch mit dem DW die jüngsten politischen Ereignisse | INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Die Rechten sind europaweit mächtig im Aufwind. Aber sind Le Pen, Meloni, Wilders & Co wirklich die »Erlöser«? Nicht wenige halten auch sie nur für Handlanger der Parteienkorruption.

Ignaz Bearth: Meloni hat nichts geleistet. Sie ist eine reine Opportunistin. Wilders hat drei Koalitionspartner, die allesamt Hofpolitiker des Tiefen Staates sind. Diese wollen keinen Wandel, sondern sind Teil des Problems. Für ihn ist es schwierig: Wenn er sich mit ihnen nicht gutsteht, wird sich die Regierung schnell wieder in Luft auflösen. Letztlich werden wir sie alle an ihren Taten messen müssen. Politik ist ein Drecksgeschäft. Als die FPÖ von 2017 bis 2019 in Österreich mit der ÖVP die Regierungskoalition bildete, versuchte man, sie zu disziplinieren und zu kontrollieren. Das hat nur zum Teil funktioniert, ehe dann über die Geheimdienste die Ibiza-Affäre fingiert wurde. Für solche Regimewechsel hat der Tiefe Staat mehrere Möglichkeiten: Farbrevolutionen, Wahlmanipulationen oder durch vom Verfassungsschutz inszenierte Skandale, wie wir sie derzeit bei der AfD erleben.

DW: Die AfD ging als Gewinner aus der Europawahl hervor – trotz Chaos innerhalb der Partei.

I.B.: Der Rauswurf von Maximilian Krah aus der Brüsseler AfD-Fraktion war ein großer Fehler. Die AfD-Führung hat sich erpressen und spalten lassen. Dabei müsste ihr Motto lauten: Durch Einigkeit zu Recht und Freiheit. Wenn wir im Widerstand eines in den vergangenen Jahren gelernt haben, dann doch, dass nur Gemeinschaft stark macht. Das sollte auch die AfD-Führung endlich verstehen und zusehen, dass sie von innen heraus stabil wird. Sie schadet dem kompletten Widerstand und realisiert nicht, dass die Partei erst durch uns alle so stark geworden ist.

DW: In Ungarn hat Viktor Orbáns Regierungspartei Fidesz mit einem relativ schwachen Ergebnis gewonnen. Die neue Partei Tisza mit Péter Magyar erreichte über 30 Prozent. Schwindet Orbáns Rückhalt?



Ignaz Bearth wanderte im Herbst 2021 nach Ungarn aus, gründete am Balaton die deutschsprachige Gemeinschaft. »Wir haben bereits über 25 Stützpunkte. Jeden Donnerstag veranstalten wir Treffen in ganz Ungarn«, freut sich der Schweizer. Unterwanderungsversuche durch Akteure des Tiefen Staates seien erfolgreich abgewehrt worden. »Es läuft hervorragend. Wir leben die Grundessenz der Demokratie: Bei uns gibt es Meinungsfreiheit und wir begegnen einander mit Respekt.« Foto: privat

I.B.: Keineswegs. Wir reden zwar von einem Minus in Höhe von sieben Prozent, aber immer noch von herausragenden knapp 45 Prozent Zustimmung. Deshalb bin ich völlig entspannt. Orbán ist ein schlauer Fuchs, er weiß mehrere Geheimdienste hinter sich und ist in dieser multipolaren Welt bestens vernetzt, etwa mit Putin, Xi Jinping und Trump. Magyar ist ein Soros-Hofangestellter, der sich selbst erledigen wird. Einen ersten Skandal hat er sich schon geleistet, als er nun besoffen aus einem Nachtclub in Budapest rausgeflogen ist.

DW: Der Europäische Gerichtshof hat Ungarn Mitte Juni wegen Missachtung der EU-Asylvorschriften zu einer Geldstrafe von 200 Millionen Euro verurteilt. Wie schätzen Sie das ein?

I.B.: Man möchte Ungarn zwingen, dass

es die Umvolkung Europas mitmacht. Der *Great Reset* findet nicht nur auf ökonomischer, sondern auch auf demografischer und kultureller Ebene statt. Man will die Nationalstaaten zerstören für die Transformation in die Vereinigten Staaten von Europa nach amerikanischem Vorbild.

DW: Stimmen werden lauter, dass schon in wenigen Monaten der Dritte Weltkrieg ausbrechen könnte. Serbiens Präsident Vučić glaubt nicht, dass sich Russland und der Westen noch diplomatisch einigen werden. Wie sehen Sie es?

I.B.: Ich träume von einem ersten Weltfrieden, aber einen Dritten Weltkriegs halte ich in Anbetracht der Gemengelage für sehr realistisch. Die Völker erheben sich, weil eine große Mehrheit den Globalfaschismus, die Kriegstreiberei und die gender-pädophile Ideologie nicht wollen. Die Deutungshoheit des Tiefen Staates mit seinen Mainstream-Medien geht zunehmend verloren. Die Welt erwacht: Wir alle sind der Great-Awakening-Prozess. Dementsprechend haben die Globalfaschisten ein riesiges Problem: Sie verlieren Macht und Kontrolle. Deshalb eskalieren sie. Möglich, dass sie einen großen Krieg anzetteln, um so die US-Wahlen und Donald Trump als neuen Präsidenten zu verhindern. Ich bin mir sicher: Mit ihm hätten wir eine große Chance auf Frieden.

DW: An welchem Punkt sehen Sie die Widerstandsbewegung? Die Teilnehmerzahlen bei den Demos haben spürbar abgenommen.

I.B.: Das ist eine völlig normale Entwicklung. Die Höchstwerte hatten wir beim »Ompf-Faschismus«. Aber die Zahlen werden schon bald wieder anziehen, wenn der Tiefe Staat wieder radikaler wird. Dann müssen wir zusammenhalten, dürfen uns nicht spalten lassen. Kurzfristig steht uns eine schlimme Zeit bevor, aber langfristig bin ich positiv gestimmt. Immer mehr Menschen realisieren, dass sie jahrelang indoktriniert worden sind, sie werfen ihre Narrative über Bord und »programmieren« sich neu.

DW: Ignaz, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

SUCHTGEFAHR!

Der Demokratische Widerstand ist fantastisch gut! Man kann nicht mehr mehr auf ihn verzichten. Suchtgefahr! Allein, es müsste mehr über die Chemtrails berichtet werden. Die sind brutal gefährlich und es fliegen immer mehr davon über München, wo ich wohne. Teilweise 20 Stück übereinander und diese Kondensstreifen bleiben lange am Himmel. Vor allem über der Innenstadt und über den Außenbezirken. Bei schönem Wetter ist der Himmel voll davon. Thomas Berthold hat in der DW-Ausgabe vom 3. Februar 2024 kurz darüber berichtet. Das ist gut, aber noch zu wenig. Haben Sie vor, Artikel über die Chemtrails zu veröffentlichen? Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe des DW. Die beste Zeitung, die es gibt. Mit sozialistischen Grüßen - Martin F., München

NOTORISCHE LÜGNER

Eine Frage an die Coronapolitiker, besonders an die der Vorgänger-Regierung: Wie fühlt man sich denn, wenn man verantwortlich ist für Millionen Maßnahmen-Geschädigte, Zehntausende Totgespritzte und Hunderttausende grausam verstümmelte Menschen und man es dann noch wagt, sich christlich zu nennen?

Die Diener des Satans müssen sich selbst demaskieren. »Euer Vater ist der Teufel ... Wenn er es etwas sagt, dann ist es gelogen, weil er aus sich selbst heraus nichts anderes als lügen kann. Er ist der Vater der Lüge« (Johannes 8,44). Wenn also jemand nur lügt und nichts als lügt, dann ist er ganz klar ein Diener Satans, denn sie können nicht anders, sie müssen sich so zu erkennen geben, allen klar denkenden Menschen deutlich sichtbar.

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

Was hilft dagegen? Der *Demokratische Widerstand* und Psalm 37: »Errege Dich nicht nicht über die Bösen, ... freue Dich innig am Herrn« – Das soll keine Verharmlosung der Verbrechen sein, sondern Selbstschutz: Ich selbst leide immer noch an Bluthochdruckkrisen und depressiven Phasen, sobald ich mich über die ständigen Lügen aufrege.

– Michael V., Oberbayern

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf

NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

»De-Banking«

Banken in Deutschland kündigen immer häufiger ohne Begründung Konten von regierungskritischen Publizisten und Medienunternehmen
– laut Multipolar-Recherchen etwa vierzigmal seit 2020. Leitmedien und staatlich finanzierte Akteure befeuern diese Politisierung
der Kontoführung, setzen Banken unter Druck. Eine Recherche zu Ausmaß und Hintergründen eines Phänomens,
das an die Wurzel der Pressefreiheit geht | Von Hakon von Holst, Multipolar-Magazin (multipolar-magazin.de)

er recherchiert und journalistisch arbeitet, für den ist ein Konto finanzielle Arbeitsgrundlage. Andernfalls kann die Pressefreiheit nur in der Freizeit genutzt werden. Doch seit einiger Zeit ist auf ein Konto kein Verlass mehr. Banken kündigen immer öfter regierungskritischen Medienunternehmen und Journalisten. Für das Phänomen gibt es bereits einen Begriff: De-Banking.

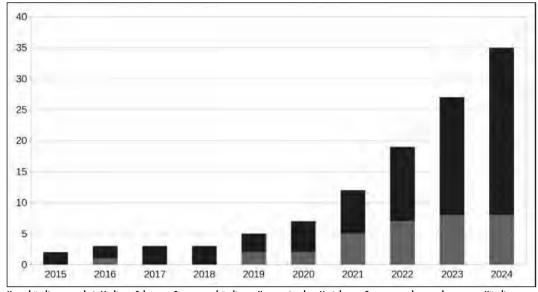
Jüngste Fälle sind das Online-Magazin *Manova* und das Internet-Portal *Apolut*. Manova wird von gut 100.000 Besuchern im Monat gelesen. Die Autoren thematisieren Armut und Ungerechtigkeit, üben Kritik an Waffenlieferungen, am Vorgehen Israels im Gazastreifen oder an der Corona-Politik. Nicht zufällig unterhielt das Magazin sein Spendenkonto bei der GLS-Bank, einem Geldinstitut, das keine Kredite für Rüstungsgüter vergibt, weil Waffen ihrer Aussage nach zur »Eskalation von Konflikten« beitragen.

Auch Apolut, im politischen Spektrum ähnlich angesiedelt wie Manova, war einst bei jener Bank. Damals hieß das Portal noch KenFM. Die Kündigung kam im Frühjahr 2021 nicht ganz überraschend. Die Bank hatte im Dezember 2020 Kritik am Informationsangebot des Mediums geübt: Sie sprach von einer Onlineplattform, »die regelmäßig hinter Nachrichten Verschwörungen vermutet«. Weil das Konto bei Spendenaufrufen angegeben wurde, sei fälschlich »der Eindruck entstanden«, dass man KenFM unterstütze. Laut Apolut-Geschäftsführerin Lena Lampe verlor das Portal mit dem Konto bei der GLS-Bank »circa 50 Prozent der Daueraufträge« von Spendern.

Im Frühjahr 2024 flatterte die nächste Kündigung ins Haus. Betroffen war das neue Apolut-Konto bei einer kleinen Volksbank im sächsischen Pirna. Dort hatte es keine weltanschaulichen Differenzen gegeben. Die Bank ist bekannt für eine liberale Geschäftspolitik und beheimatet »Dissidenten« aus einem weiten politischen Spektrum. Hier kam der russische Nachrichtensender Russia Today unter, nachdem die Commerzbank 2021 die Geschäftsbeziehung beendete. Das Bündnis Sahra Wagenknecht richtete ein Konto in Pirna ein, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands und eine Reihe oppositioneller Medien ebenfalls. Apolut-Gründer Kayvan Soufi-Siavash erinnert sich, »mit offenen Armen« aufgenommen worden zu sein.

Nun aber die Kündigung – ohne jede Begründung. Ein besonderer Anlass ist nicht ersichtlich: keine verdächtig hohen Bareinzahlungen, kein überzogenes Konto, keine geschäftliche Nutzung eines Privatkontos oder eine wesentliche Änderung im Informationsangebot oder in der Tätigkeit von Apolut. Was geschah in Pirna? Wie aus der Bank unter der Hand verlautet, sei der Druck »einfach zu groß geworden«.

Rückblick: Im Spätsommer 2000 berichtete die Presse über die damals noch staatliche Postbank. Der Gegenstand:



Kontokündigungen bei Medien: Schwarz: Summe gekündigter Konten in den Vorjahren, Grau: neu dazu gekommene Kündigungen (Quelle: Multipolar-Recherche, Mai 2024)

Geschäftsverbindungen zu »rechtsextremen« Parteien. In der Folge beschloss der Bankvorstand, Konten bestimmter Parteien und Organisationen zu kündigen, um einen »wichtigen Beitrag zur politischen Hygiene« zu leisten. Es traf unter anderem die Partei die Republikaner und, am 5. Januar 2001, die Wochenzeitung Junge Freiheit.

POLITISIERUNG DER KONTOFÜHRUNG

Kritik kam damals vom Journalisten-Verband Berlin (JVB). Der Vorsitzende Alexander Kulpok, beruflich Chef für den Videotext bei der ARD, sprach von einem »Angriff auf die Pressefreiheit«. Eine Bank könne »kein Medienunternehmen in den Ruin treiben, nur weil ihr dessen politische Richtung nicht passt«. Seine Worte waren in der Taz zu lesen, ohne jeden Seitenhieb auf die Junge Freiheit, trotz deren gegensätzlicher politischer Ausrichtung. Nach einem Protest-Appell der betroffenen Zeitung mit »über 500 Unterstützungsunterschriften« zog die Postbank die Kündigung zurück.

Mehr als ein Jahrzehnt später, am 12. Dezember 2013, erhielt eine Münchnerin einen merkwürdigen Anruf. Ein Mitarbeiter der Commerzbank teilte mit, dass die Kontovollmacht für ihren Sohn nicht aufrechterhalten werden könne. Über die Person lägen nicht näher erläuterte Erkenntnisse vor. Die Rede war von Kerem Schamberger, 27 Jahre jung, Bankenkritiker und zu jener Zeit in der Deutschen Kommunistischen Partei aktiv. Mit der Organisation beschäftigte sich der Verfassungsschutz. Die Mutter schrieb eine E-Mail an die Bank: Was war das für ein Anruf? Die Commerzbank antwortete mit der Kündigung des Kontos und beendete damit eine 45 Jahre lange Geschäftsbeziehung - ohne Begründung. Der Fall ging durch die Medien. »Ist das der Startschuss zur politischen Kontoführung?«, fragte die Süddeutsche Zeitung.

Wie die *Taz* berichtete, kündigte die Commerzbank bereits 2009 die Privatkonten von Stefan Engel, Chef der Marxistisch-Leninistischen Partei, und seiner Lebensgefährtin. Bankmitarbeiter würden laut *Focus* regelmäßig die Verfassungsschutzberichte durchforsten, »um mutmaßliche Verfassungsfeinde unter ihren Kunden zu identifizieren«. Die Commerzbank befindet sich teilweise in Staatsbesitz.

KONFLIKT UM Palästina und Israel

Auch jüdische Vereine sind betroffen. Nach einem Bericht der Deutschen Welle folgte auf die Kündigung im Jahr 2016 »die erste Schließung« eines Kontos »einer jüdischen Organisation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg«. Hintergrund war die Unterstützung der pro-palästinensischen BDS-Kampagne durch den Verein »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost«. Nach öffentlichem Protest bekam die Organisation allerdings erneut ein Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft gewährt – bis die Geschäftsbeziehung 2019 endgültig beendet wurde. Das Kreditinstitut erklärte, »nicht die richtige Plattform für die Debatte um die BDS-Kampagne« zu sein. »Wegen der Kontoverbindung zur Jüdischen Stimme« sei man »jedoch immer mehr dazu gemacht« worden.

Auch der jüdische Publizist Abraham Melzer verlor 2016 ein Konto bei der Commerzbank. Die Kündigungen erfolgten laut *Taz* »stets nach dem gleichen Muster«: »Nachdem die Betroffenen davon erfuhren, meldete sich bei ihnen der Journalist Benjamin Weinthal von der rechten israelischen Zeitung *Jerusalem Post*, der sich über diese Vorgänge stets bestens im Bilde zeigte. Im Fall der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden war Weinthal sogar die treibende Kraft, weil er die Bank erst zur Kündigung bewog.«

Zum neuen Hafen der Jüdischen Stimme wurde die Sparkasse Berlin. Doch am 25. März 2024 sperrte die Bank das Konto. Die Sparkasse soll mit Frist zum 5. April unter anderem eine Liste aller Mitglieder mit Anschriften angefordert haben. Dem kam der Verein nicht nach, weil es »keine Bank« etwas angehe. Laut Iris Hefets kündigte das Kreditinstitut daraufhin das Konto und teilte durch seine Anwälte mit, dass die Jüdische Stimme gegen die Ethik der Bank verstoße.

Der Verein stellte das Konto zuvor für den Palästina-Kongress in Berlin zur Verfügung. Darin vermutet die Organisation den Anlass der Sperrung. Am 12. April beendete die Polizei die Veranstaltung kurz nach Beginn. Zu den geladenen Referenten gehörte der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. Er übte das Amt 2015 parteilos für die »Koalition der Radikalen Linken« (Syriza) aus. Varoufakis war im Zeitraum der Veranstaltung zur Fahndung ausgeschrieben, da ihm die Einreise verboten wurde. Auch der Arzt Ghassan Abu-Sittah konnte deshalb nicht teilnehmen. Das Verwaltungsgericht Potsdam erklärte das Einreiseverbot für den britisch-palästinensischen Arzt im Nachhinein für rechtswidrig.

CORONA-KRISE ALS KATALYSATOR

Ab 2021 nahmen Kontokündigungen auch bei oppositionellen Publizisten und Medienunternehmen rasch zu. Bei Maßnahmenkritikern in anderen Berufen zeigte sich die Entwicklung bereits früher: So traf es den HNO-Arzt Bodo Schiffmann bei der Deutschen Bank (2020), den [später problembehafteten BBC-Kollaborateur und zumindest zwischenzeitlichen V-Mann; Anm. red.] Anwalt Markus Haintz bei der Commerzbank-Tochter Comdirect (Oktober 2020) und bei der Deutschen Kreditbank (Januar 2021), einem Unternehmen der Bayerischen Landesbank. Der Verein »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie« mit Finanzwissenschaftler Stefan Homburg und Mediziner Sucharit Bhakdi im Vorstand musste sich ab Februar 2021 nach einer Alternative umsehen. Das Konto bei der Apotheker- und Ärztebank war »sechsstellig im Plus« gewesen. Die neue Bankverbindung bei der GLS-Bank hielt nur wenige Tage. Der Verein stand zeitweise ohne Konto da.

Der 50 Mitarbeiter starken Filmproduktionsfirma Ovalmedia kündigte die Volksbank Beckum-Lippstadt im April 2021. Im Vormonat waren zwei Artikel im Tagesspiegel erschienen. Die Firma verbreite »Verschwörungslügen« und unterstütze »Impfgegner und Corona-Verharmloser«, schrieb die Zeitung aus Berlin in der Titelzeile. Ovalmedia filmte damals auch die Sitzungen des Corona-Ausschusses. Viele maßnahmenkritische Wissenschaftler traten dort als Interviewgäste auf. Die Video-Aufzeichnungen gewannen dank Ovalmedia eine große Reichweite. Auf das betroffene Unternehmenskonto sollen vielfach Spenden erbeten worden sein. Die Firma befürchtete daher einen ernsthaften finanziellen Verlust. Durch Nachfragen bei der Bank sei ans Licht gekommen, »dass sich ein anderer Kunde über die Medienarbeit des Unternehmens beschwert habe«.

Der Philosoph Gunnar Kaiser (1976–2023) war ebenfalls für Kritik an den Corona-Maßnahmen bekannt. Seine Gespräche erreichten auf Youtube 250.000 Abonnenten. Zunächst bat Kaiser um Spenden auf ein Konto bei einem großen deutschen Kreditinstitut. Später gab er die Fidor-Bank an. Im August 2022 veröffentlichte Kaiser ein Kündigungsschreiben der Onlinebank und merkte an, nie »im Minus« gewesen zu sein. Neue Heimat wurde ein Kreditinstitut in Litauen.

→ Fortsetzung auf Seite 10



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE von Wolfgang Greulich

METHODEN DER WEGELAGEREI

In Dänemark besteuern sie jetzt den Klimazielen zuliebe die Milchvieh- und Schweinemastbetriebe, in Deutschland führt die Lufthansa ab 2025 streckenabhängige Umweltzuschläge ein, Stichwort klimaneutrales Fliegen.

Vier Prozent der Lufthansa-Fluggäste nutzen derzeit die freiwillige Möglichkeit, sich das klimatechnisch reine Gewissen beim Fliegen zu erwerben. Den restlichen 96 Prozent wird es auf die moderne Art und Weise beigebracht. Der Dank geht an die EU und wie immer auch an die Ampelregierung. Eigentlich sind das alles Methoden der Wegelagerei, jede für sich eine kleine Kriegserklärung an den deutschen Mittelstand. Und es gibt wie immer kaum Widerstand. Warum auch? Der Ball rollt, der Rubel rollt, und die Ukraine ist für die meisten eh ein Land im Nirgendwo. Putin ist an allem schuld.

Schaut man sich in der europäischen Nachbarschaft um, dann gibt es ihn noch, den guten Ruf Deutschlands. Made in Germany, ja, das hat immer noch das gewisse Etwas, immer noch freuen sich die Menschen in vielen Ländern an Produkten aus dem so beliebten Deutschland, auch wenn viele der Produkte schon lange nicht mehr hier produziert werden. Papier ist geduldig, das war schon immer so. Unsere Nachbarn wissen nicht, wer inzwischen das europäische wirtschaftliche Schlusslicht ist, sie wollen es vielleicht auch gar nicht wissen.

Es ist schon erstaunlich, wie wenig von dem, was aktuell in Deutschland geschieht, tatsächlich den Sprung über die deutschen Grenzen schafft. Konzernmedien und viele der 99 Prozent haben daran kein Interesse, ganz im Gegenteil. Kopf in den Sand, wir harren der Dinge, die da kommen. Aber was soll kommen von Scholz, Habeck, Baerbock, Lindner und Co? Nichts, rein gar nichts, was unserem eigenen Land guttun würde. Ganz im Gegenteil, der Abgrund, vor allem auch der wirtschaftliche, war nie tiefer. Aber es tun sich auch gute Dinge in unserem Land. Viele haben verstanden, was vor sich geht und sind nicht mehr bereit, diesen Weg mitzugehen. Sie handeln, denn es reicht nicht, die Dinge nur zu denken. Dieses am Frieden und am eigenen nationalen Denken vorbeigedachte politische System wird so nicht überleben, denn es hat längst ausgedient. Das wird noch dauern, aber es steht fest: Wer dem eigenen Land den Krieg erklärt, hat hier nichts verloren.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Tat absolut nichts für den DW und erklärte sich zuletzt »unzuständig« für Journalisten und Medien: Journalistengewerkschaftsführer Hendrik Zörner vom DJV. Foto: DW

Im Januar 2021 gab der russische Staatssender *RT* bekannt, in Deutschland 200 neue Mitarbeiter einzustellen. Einen Monat später kündigte die Commerzbank. Das Medium bemühte sich bei rund 20 Banken erfolglos um einen Konto – trotz eines ansehnlichen Jahresbudgets von 30 Millionen Euro. Ein deutscher Staatsbürger aus der Finanzbranche nahm für RT die Verhandlungen auf. Ihm sollen mehrere Bankmanager mitgeteilt haben, dass bei Aufnahme der Geschäftsbeziehungen Probleme mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) ins Haus stünden. Die Bafin dementierte.

Anselm Lenz war Maßnahmenkritiker erster Stunde. Schon im März 2020 organisierte er Protestaktionen auf den Straßen Berlins [NichtOhneUns.de entstand ab 15. März 2020 bundesweit; red.]. Gleichzeitig verlor er seine Rolle als fester freier Redakteur der Tageszeitung *Taz.* Seit April 2020 gibt Lenz gemeinsam mit Hendrik Sodenkamp die Wochzeitung *Demokratischer Widerstand*

heraus. Die Wochenzeitung landete in vielen Briefkästen, wurde wie eine Flugschrift verbreitet. Zunächst war ein Verein organisatorische Basis, später gründeten die Herausgeber ein Verlagshaus als GmbH. Wie Lenz auf Multipolar-Anfrage mitteilte, wurden zwischen 2020 und 2023 insgesamt 13 Girokonten im Zusammenhang mit der Wochenzeitung auf Betreiben der Banken geschlossen, darunter eine Sparkasse. [Besoders erwähnenswert, dass die Berliner Sparkasse zuerst der Ehefrau Anselm Lenz' das Privatkonto schloss und danach das Privatkonto des Journalisten, in der weiteren Folge die Herausgabe von Kontoauszügen sehr lange verweigerte, die auch Online nicht mehr abrufbar waren; red.]

Boris Reitschuster hatte 16 Jahre lang das Moskauer Büro des *Focus* geleitet. Später machte er sich selbstständig. In der Bundespressekonferenz brachte er Regierungssprecher Steffen Seibert regelmäßig

→ Fortsetzung auf Seite 11



Kolumne Medien von Anselm Lenz

UNSEREM KOLLEGEN

Julian Assange ist ein mutiger Kollege. An seiner Person lässt sich der finale Niedergang von »Der Westen™« wie an keiner anderen Person ablesen.

Zweifellos werden ihm zu Ehren große Opern komponiert und Statuen errichtet werden. Die perverse Verleumdung und tyrannische Verfolgung unseres Kollegen Julian Assange beinhaltet die personifizierte Weltgeschichte. Der spätere vielfache Preisträger, darunter der derzeit angesehendste deutsche Öffentlichkeitspreis, der Preis der Republik, hatte lediglich Politik öffentlich gemacht, Kriegspolitik.

Assange selber stellte dar, dass es nicht die von US-Soldaten ermordeten Kinder und Journalisten sind, die dem »permanenten Washington« ein Dorn im Auge seien – die seien den Kriegstreibern egal. Nein, es gehe vor allem um das totalitäre angloamerikanische Überwachungsund Weltherrschaftsprogramm, das Assange gemeinsam mit Edward Snowden öffentlich gemacht hatte, die »NSA-Affäre«. Wir sind Julian Assange, unserem DW-Ehrenherausgeber, zu Dank verpflichtet – Danke! – aber in der Folge der Erkenntnisse auch zu Handlungen.

Spekuliert wird heute, dass die Weltkriegstreiber aus »Der Westen™« sogar deshalb die Corona-Terrorlüge zeitlich vorgezogen haben, weil sich die Kenntnis von der totalen Überwachung zu schnell verbreitet. Die Überwachungsanlagen und Disziplinierungsmaschinen müssen erst errichtet und eingeschaltet sein, bevor sich die Kenntnis davon durchgesetzt hat. Denn sind diese einmal errichtet, gibt es nach dem Willen des Hegemons kein zurück mehr, weil dann alle in Zonen »eingebubblet« – und eben unter totaler Kontrolle - sein werden, im Zweifelsfall mit sofortiger Überwältigung oder dem Tod bedroht.

BEWIESENE »HORRORVISIONEN«

Wie heute Millionen von Menschen und täglich mehr wissen, sind diese Horrorvisionen kein Hirngespinst, sondern offenbar auch mit heftiger chinesischer Beteiligung im Entstehen begriffen. Unter der »Corona« erlebten bereits Milliarden von Menschen, wie sich »die oberen 5.000« die Zukunft auf Erden vorstellen. In der EU wird die Internetzensur weiter ausgebaut und Journalisten tyrannisiert. Ich meine: Nie waren so viele Anlässe zum Maschinensturm gegeben, und dazu, diese Zeitung kräftig zu unterstützen, sich von dem systematisch eingepflanzten In-Abrede-Stellen nicht beirren zu lassen. Wir sind gemeinsam die No. 1!

Anselm Lenz ist seit 25 Jahren unter anderem Zeitungsjournalist bei Taz, junge Welt, Die Welt, Frankfurter Rundschau, Marburger Neue Zeitung und weiteren.

MELDUNG

ANTHONY LEE NICHT MEHR BEIM LSV

Struxdorf/Rinteln/DW. Paukenschlag: Bauernsprecher Anthony Lee macht nach fast vier Jahren Schluss beim Verband LSV (Landwirtschaft verbindet Deutschland). Die Gründe seien vielfältig, so Lee in einem You-Tube-Video, das am 25. Juni 2024 veröffentlicht und bis Donnerstag über 160.000 Mal aufgerufen wurde. Er glaubt, dass »wir auf einem völligen Irrweg sind«. Lee spricht von »genialen Protesten«, räumt aber ein: »Was war das Resultat? Absolut null! Und wir hätten richtig was bewegen können.« Nichts hätte sich gebessert, stellt er ernüchtert fest und wettert gegen die Bauernverbände: »Wir sehen, dass die Leute, die in diesen Verbänden was zu sagen haben, auf einem völligen Irrweg sind«, was »noch sehr nett ausgedrückt« sei. Und weiter: »Wir sind auf dem Weg in den Abgrund. Das kann ich nicht mittragen und deswegen werde ich auch nicht einen einzigen Cent mehr in diese Verbände reinstecken, bis die mal wieder auf den richtigen Kurs gebracht worden sind.«

Lee hätte versucht, Brücken zu bauen, sei dabei aber nicht weit gekommen. Die Verbände seien nicht im Sinne des Berufsstandes unterwegs. Der Green Deal sei eine Katastrophe für die gesamte deutsche Wirtschaft. Lee machte zudem klar, dass er und seine engsten Mitstreiter nicht käuflich seien und zeigte sich verwundert, dass man in Filmen wie Star Wars und Matrix immer auf der Seite der Rebellion, in der realen Welt jedoch dagegen sei. »Das sind alles Rechte und Nazis«, sagte er süffisant und appellierte: »Leute, wacht endlich auf!« Zum Abschluss spricht er noch eine Warnung an die Politik aus: »Macht ihr so weiter, werden wir uns das nicht mehr gefallen lassen und nicht mehr so lieb und nett auf die Straße gehen.« Lee plant nun, mit vielen seiner Berufskollegen einen neuen Weg zu gehen.

Zu seinen Worten passt: Joachim Rukwied, Mitglied bei der dem *Green Deal* befürworteten CDU, wurde als Präsident des Deutschen Bauernverbands am 26. Juni 2024 wiedergewählt – mit 88 Prozent der Stimmen. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Die Creditreform Wirtschaftsforschung teilte Ende Juni mit, dass sie im 1. Halbjahr dieses Jahres 11.000 Unternehmensinsolvenzen registrierte, was einem Anstieg von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die Insolvenzen in Deutschland haben den höchsten Stand seit fast zehn Jahren erreicht. +++ Das ifo-Geschäftsklima trübt sich weiter ein. Die Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland ist im Juni von 89,3 auf 88,6 Punkten gesunken. +++ (kmü)

in Verlegenheit. Reitschuster wurde zu einem der prominentesten Kritiker der Corona-Politik. Im Mai 2021 soll seine Internetseite 17,5 Millionen Aufrufe erreicht haben. Er machte auch größeren Medien Konkurrenz. Im selben Monat berichtete Reitschuster über zwei Kündigungen: Er verliere nach mehr als 20 Jahren ein rein privat genutztes Girokonto bei der ING-Bank und sein öffentliches Spendenkonto bei der N26.

Im September 2022 berichtete Reitschuster, innerhalb eines Jahres habe die vierte Bank die Geschäftsbeziehung mit ihm beendet. Das »als konservativ bekannte« Bankhaus Bauer habe ihn ein Jahr zuvor in Kenntnis seiner journalistischen Tätigkeit als Kunden aufgenommen. Nun sei das Kreditinstitut entweder »unter Druck gesetzt« worden, handle »in vorauseilendem Gehorsam« oder in »freiwilliger Unterwerfung unter den Zeitgeist«. Es habe damit begonnen, dass man den Namen der Bank nicht mehr auf der Seite sehen wollte, am Schluss sei es aber auch nicht möglich gewesen, das Spendenkonto fortzuführen, wenn die IBAN ganz von der Webseite entfernt worden wäre. Reitschuster gingen dadurch viele Spenden-Daueraufträge verloren.

DIE ROLLE DER »LEITMEDIEN«

Die *Taz* ist Kreditnehmer bei der GLS-Bank und unterhält dort Girokonten. Am 17. Mai 2018 berichtete die Tageszeitung über Protestbriefe von GLS-Kunden. Sie nahmen Anstoß an der Tatsache, dass die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung ebenfalls ein Bankkonto bei der Bochumer Bank besitzt. Die GLS-Bank kündigte noch am selben Tag.

»Auch zum Coronaleugner sozial«, hatte die *Taz* im September 2020 getitelt. Die GLS-Bank bewerbe sich »als besonders ethisch«, biete »aber dem Verschwörungsideologen Ken Jebsen ein Konto«. Zwei Wochen später erschien auf dem GLS-Bankblog eine Kritik, die sich offenbar auf den *KenFM*-Gründer bezog: »Seit Corona« würden »Online-Medien immer mehr Zulauf« erhalten, »die sich auf Verschwörungen spezialisiert haben und damit die Angst vor Manipulation bedienen«. Drei Monate später thematisierte die Bank ihre Bauchschmerzen ein zweites Mal und nannte *KenFM* beim Namen.

Im Januar 2021 löschte Google Jebsens Youtube-Kanal mit 500.000 Abonnenten. Bald darauf kündigte die GLS-Bank. Auf der Internetseite hieß es: »In seltenen Fällen kündigt die GLS-Bank Konten, wenn ersichtlich ist, dass die Geschäftspolitik von Kund*innen nicht mit den Werten und Kriterien der GLS-Bank übereinstimmen.« In der Folgezeit wandte sich KenFM vergeblich an rund 40 Banken. Als sich abzeichnete, dass der Sender kein Konto bekommen würde, folgte die Gründung der Apolut GmbH. Die Marke KenFM gehörte der Vergangenheit an.

Im Februar 2023 berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland, dass der Sender *Russia Today* und die ebenfalls staatliche russische Video- und Bildrechteagentur *Ruptly*Konten bei der Volksbank Pirna unterhalten.
Dann wurde der Ton schärfer: Im November
schrieb der *Tagesspiegel* über Sahra »Wagenknecht und eine ungewöhnliche Bank«.
Dort habe der Verein zur Gründung ihrer Partei ein Spendenkonto eingerichtet. Bankchef
Hauke Haensel, heißt es weiter, betrachte
die Aufkündigung der Energiepartnerschaft
mit Russland als »sträfliche Dummheit«.



Es ist die Gegenwart, aber zugleich der Stoff für die ganz großen welthistorischen Opern und die künftige Weltliteratur: Der Journalist Julian Assange, auf dem Bild während des Heimfluges nach der jahrelangen Folterhaft in London am Mittwoch. – Allein während der völkerrechtswidrigen Invasion und Besetzung der Republik Irak sind 1,2 Millionen Zivilisten ums Leben gekommen, laut US-Studie rund 600.000. Im Irak dauert die Besatzung an (wie auch in Deutschland seit 79 Jahren). Das 2002 überfallene Land Afghanistan haben Washington und seine »Koalition der Willigen« inklusive der BRD vor drei Jahren, im Jahr 2021, nach fast zwanzigjähriger Besatzung wieder freigeben müssen. Ähnlich war es Sowjetrussland Ende der 1980er am Hindukusch ergangen.

Außerdem habe das Pirnaer Kreditinstitut offenbar Sanktionen gegen russische Medienunternehmen missachtet. Mit *Apolut* besitze die Bank ferner einen Kunden, auf dessen Plattform »der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verharmlost« worden sei. Ein Beispiel für eine solche strafrechtlich relevante Handlung nannte der *Tagesspiegel* allerdings nicht. *Apolut* gibt mit Beiträgen von Rainer Rupp und Thomas Röper auch der russischen Sicht auf den Konflikt Raum.

Der Gründer der Fake-Faktechecker-Paltform Correctiv, David Schraven, verhalf den Tagesspiegel-Recherchen prompt zu größerer Bekanntheit. Unter der Überschrift »Dieser Bank vertrauen Extremisten« thematisierte er auch die Beziehung zu Apolut und bezeichnete Ken Jebsen als »Verschwörungsideologen«. Als sich zwei Wochen später die Bild-Zeitung einschaltete, lieferte Schraven nochmal nach: »Neues von der Volksbank, der die Extremisten trauen«, titelte der Journalist und versuchte, eine Russland-freundliche Haltung der Bank zu belegen. Correctiv erhielt über die Jahre 2,5 Millionen Euro staatliche Förderung. Das Unternehmen betont dennoch, keine staatliche Unterstützung für seine redaktionelle Arbeit zu bekommen. Die Zuschüsse gebe es für »Medienbildung und Strukturförderung«.

Seit dem 3. Februar 2024 besitzt die Pirnaer Bank einen *Wikipedia*-Eintrag. Im April wurde der Text um die Kritik von *Tagesspiegel* und *Correctiv* ergänzt. Am 8. Februar 2024 kündigte das Kreditinstitut der *Apolut* GmbH. Auf Anfrage von *Multipolar* wollte sich die Volksbank nicht zu den Vorgängen äußern. Schriftliche und telefonische Nachfragen liefen ins Leere. Apolut gab Ende März ein neues Spendenkonto im Ausland bekannt. Ein Internetnutzer protestierte prompt bei dem litauischen Kreditinstitut, eine Geschäftsbeziehung mit »Russenpropagandisten« eingegangen zu sein.

Auch in der Schweiz reagieren Banken auf negative Presse. Im Juni 2022 startete mit Kontrafunk ein in eigener Beschreibung »liberal-konservatives, bürgerliches« Internet-Radio. Gründer Burkhard Müller-Ullrich holte etablierte Journalisten an Bord. Am 10. Juli 2022 berichtete die führende Tageszeitung Blick in der Sonntagsausgabe: »Spuren führen zu leeren Räumen.« Der Sender sitze in Cham im Kanton Zug. Das ist, wie Schweizer wissen, ein als Steuerparadies berüchtigter Landesteil. In dem »heruntergekommenen Bürogebäude« sei »niemand«, heißt es weiter: »ein langer Gang, leer stehende Zimmer ...« Dazu ein paar Beweisfotos. Tatsächlich ist Müller-Ullrich – im *Blick* als deutscher Journalist bezeichnet - Schweizer Staatsbürger. Die Darstellung als Briefkasten-Firma

hält er für »pure Verleumdung«. Der Reporter vom *Blick* sei offenbar nicht weiter ins Gebäude gekommen, »wohl aus Angst, dass da mal jemand vorbeigekommen wäre und gefragt hätte, was er hier zu suchen hat«. *Kontrafunk* habe dort »sehr wohl seine Geschäftsräume« unterhalten und sogar einen Sekretär beschäftigt. Trotzdem, stellt Müller-Ullrich fest, kündigten das Bankhaus Linth und ein weiteres Kreditinstitut »unmittelbar nach« Erscheinen des Artikels im *Blick*.

ORGANISIERTER DRUCK AUF BANKEN

Der Journalist Alexander Wallasch arbeitete einst für große Zeitungen und kurzzeitig für Boris Reitschuster. Inzwischen schreibt er vor allem auf seinem eigenen Internetportal. Als Wallasch im Juli 2022 auf Twitter um Unterstützung auf sein Konto bat, machte ein Nutzer die Solaris-Bank darauf aufmerksam. Das Social-Media-Team antwortete: »Ist bereits an unser Team weitergeleitet.« Wallasch schreibt: »Etwa 24 Stunden später waren tatsächlich meine Kontonummern gesperrt und bis heute warte ich auf eine Erklärung der Bank.« Im Herbst 2022 soll auch das Konto seines Webdesigners betroffen gewesen sein – bei derselben Bank. Wallasch war unterdessen zur Holvi-Bank gewechselt. Doch das neue Konto hielt nur kurze Zeit. Seither bittet der Journalist nur noch um Paypal-Spenden. [Auch der Wochenzeitung DW bereitete der Madrider Solaris-Konzern außergewöhnliche Schwierigkeiten; red.]

Der Heimatkurier ist ein Medium aus Österreich. Artikel erscheinen in Rubriken mit Namen wie »Bevölkerungsaustausch«, »Remigration« oder »Linksextremismus«. Unmittelbar nach den Correctiv-Veröffentlichungen über das Treffen mit Martin Sellner in Potsdam startete die Kampagnenplattform Aufstehn eine bislang einmalige Petition. 9.000 Menschen unterzeichneten den Appell »Kein Konto für Rechtsextreme!« an die N26-Bank. Das Kreditinstitut reagierte und kündigte dem Heimatkurier.

Die Nachricht holte eine Gruppe zur Beobachtung der Identitären Bewegung auf den Plan. »Gibt es hier Menschen, die sich Recherche und Veröffentlichung rechtsextremer Konten zur Hauptaufgabe machen würden?«, fragte sie auf *Twitter*. »Ein wichtiger und effektiver Job.« Auf ihrer Internetseite listet die Gruppe unzählige Konten von AfD-Kreisverbänden. Weiter oben stehen die Bankdaten von Youtubern wie Niklas Lotz (Neverforgetniki), Naomi Seibt und Peter Weber (Hallo Meinung). Auch die Medien *MitteldeutschlandTV*, *Auf1*, *Info direkt* und *Freilich-Magazin* sind vertreten.

→ Fortsetzung auf Seite 12

MELDUNG

DIE GROSSE LÜGE

Bratislava/DW. »Eine Pandemie hat es nie gegeben.« Zu diesem Schluss kam die Untersuchung des slowakischen Regierungsbeauftragten Peter Kotlár, die Anfang dieser Woche präsentiert wurde. Er verteidigte diese im slowakischen Parlament. Welche Maßnahmen und welches Vorgehen für die rund 21.000 Toten verantwortlich seien, die als »Coronatote« bezeichnet worden waren, sei noch nicht endgültig klar, so Kotlár auf Nachfrage. Der Arzt Peter Kótlar hatte sich frühzeitig unter der Corona gegen die in der Slowakei von der Vorgängerpartei ergriffenen Coronamaßnahmen ausgesprochen und sich vor einigen Wochen in seinem Amt gegen die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) der WHO gewandt. Die Slowakei verweigerte ihre Zustimmung hierzu. (hes)

MACRON KÜNDET BÜRGERKRIEG AN

Paris/DW. Eine Woche vor der französischen Parlamentswahl am 30. Juni 2024 kündigt derzeitige Präsident Emmanuel Macron an, es werde in Frankreich zu einem Bürgerkrieg kommen, sollten die Parteien seiner politischen Kontrahenten gewinnen. Diese wiirden das Land ins Chaos führen. Sowohl die rechte als auch die linke französische Opposition wiesen dies zurück und werteten seine Aussagen als Brandstiftung und billige Stimmungsmache. Beobachter sehen in Frankreich seit Jahren eine sich aufbauende revolutionäre Situation, die zum Ausruf einer neuen französischen Republik führen wird. Anlass hierfür sind das pyramidale Elitensystem Frankreichs, die zunehmende Verarmung, die Coronalügen, die Spritzenmorde und der Natokrieg in der Ukraine. (hes/DW)

KRIEG AUS WIESBADEN

Wiesbaden/DW. Das Nato-Hauptquartier für die Koordinierung des Ukrainekrieges soll nach Wiesbaden verlegt werden. Dies kündigten hochrangige Funktionäre der Nato am 13. Juni 2024 an. Die Kriegsminister der Nato-Staaten bestätigten das Vorhaben dann am 14. Juni 2024. Deutschland soll durch diesen Umzug eine Führungsrolle im Krieg gegen Russland bekommen können, sollte Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt werden. Dieser hatte sich kritisch zum Ukrainekrieg geäußert und angekündigt, diesen innerhalb von Stunden nach seiner Wahl beenden zu wollen. Nato-Mitglied Ungarn enthält sich beim Umzugs-Projekt, da die dortige Führung der Ansicht ist, dadurch weiter in eine direkte Konfrontation mit Russland getrieben zu werden. (hes/DW)

NIEDERGANG UND TOT AUF JAHRE

Brüssel/DW. Die EU verhängte am 20. Juni 2024 das vierzehnte Sanktionspaket gegen Russland. Das Paket erschwere Russland den Zugang zu Schlüsseltechnologien und entziehe ihm Energieeinnahmen, so die unter dem Vorwurf der Korruption angeklagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Verabschiedung. Für den 27. Juni 2024, nach Redaktionsschluss, wurde zudem ein Sicherheitsabkommen der EU mit der Ukraine angekündigt, welches die EU dazu verpflichtet über Jahre hinweg Waffen zu liefern und Soldaten auszubilden.

Fortsetzung von Seite 11

Neben nahezu jeder Kontonummer findet sich eine E-Mail-Adresse. Ein Musterbrief in drei Sprachen wird gleich mitgeliefert: »Rechte Kreise versuchen das demokratische Miteinander in Deutschland zu zerstören, indem sie menschenfeindliche Propaganda sowie Vertreibungs- und Umsturzfantasien verbreiten.« Am Ende des Schreibens lesen Banker: »Andere Banken und Zahlungsdienstleister sind Ihnen mit gutem Beispiel vorausgegangen.« Es folgt ein Appell, das Konto zu schließen.

STAATLICHER EINFLUSS

Gegen den Blogger Hadmut Danisch ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Beleidigung einer Person des politischen Lebens. Das Verfahren wurde eingestellt. Danisch unterhielt ein Spendenkonto bei der Deutschen Bank. Dort forderte das Landeskriminalamt Berlin eine Excel-Tabelle an mit allen Kontobewegungen von zwei Jahren. Das Schreiben vom 28. März 2023 endete mit dem Satz: »Diese Anfrage darf nicht als Grundlage einer Kündigung der Geschäftsbeziehung verwendet werden.« Am 5. April 2023 kündigte die Deutsche Bank ohne Begründung, am 21. April beantwortete sie das Auskunftsersuchen.

Solche Fälle könnten sich in Zukunft häufen. Denn geht es nach Innenministerin Nancy Faeser, werden Bankauskünfte durch Verfassungsschutz-Behörden »entbürokratisiert«. Bisher beschränke sich die »Befugnis für Finanzermittlungen auf volksverhetzende und gewaltorientierte Bestrebungen«. Stattdessen soll es nun auf das Gefährdungspotenzial mutmaßlicher Extremisten ankommen. Dafür könne der Faktor »gesellschaftliche Einflussnahme« relevant sein. Es betrifft also die Medien.

Als Extremismus definiert das Innenministerium »Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen«. Die Einzelheiten stehen in Paragraf 4 Bundesverfassungsschutzgesetz. Die Nachrichtendienst-Behörde unterstellt beispielsweise der Tageszeitung Junge Welt kollektiv, sie strebe »die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung« an und sei »das bedeutendste und auflagenstärkste Medium im Linksextremismus«. Ein paar Sätze später heißt es aber wieder einschränkend: »Einzelne Redaktionsmitglieder und einige der Stamm- und Gastautoren sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen.«

Zwar ist das Ansinnen von Nancy Fäser Teil eines 13-Punkte-Plans gegen Rechtsextremismus. Doch die Ministerin bestätigte bereits bei der Vorstellung am 13. Februar 2024, dass die neue Befugnis in gleicher Weise bei anderen Formen von Extremismus greifen soll. Schon heute steht der Verfassungsschutz wegen umfassender Kompetenzen in der Kritik. »Er verfolgt Menschen, bevor sie eine Straftat begangen haben, das macht kein anderer Inlandsgeheimdienst in westlichen Demokratien«, sagte der ehemalige Bildungs- und Finanzminister Mecklenburg-Vorpommerns Mathias Brodkorb (SPD). Der Verfassungsschutz arbeite daran mit, Meinungen aus dem Diskurs auszuschließen.

Mehr Rechte für den Nachrichtendienst will offenbar der Bayerische Rundfunk. Im



»Warum tun die Mächtigen das?« hatte der Vater von Julian Assange, John Shipton, bei einer Vortragsveranstaltung des deutschen Friedensaktivisten Owe Schattauer im Oktober 2020 in Köln gefragt. 2024 konnte er seinen Sohn in Canberra endlich in der Freiheit begrüßen. Assange ist auf weltweiten demokratischen Widerstand hin – aus den Völkern der Erde selbst kommend – endlich aus den angloamerikanischen Kriegstreiberfängen befreit.

Frühherbst 2023 machten BR-Reporter die Kreditwirtschaft auf 109 Bankkonten und 38 Paypal-Accounts aufmerksam und verwiesen zum Teil auf Verfassungsschutzberichte über die Kontoinhaber. Das Ergebnis sendete der BR um 7:00 Uhr morgens in den Nachrichten: »München: Mit Hilfe von BR-Recherche ist es gelungen, Geldkonten von Rechtsextremen still zu legen.« Die Meldung endete mit einer klaren Forderung: »Ein Forscher des CeMAS kritisierte: Wenn einfache Presseanfragen ausreichten, damit Konten dichtgemacht würden, könne das auch der Staat tun.«

WAS STECKT DAHINTER?

Banken trennen sich immer öfter von kritischen Geistern. Das Diagramm [Seite 9] berücksichtigt Kündigungen gegenüber Publizisten und Medienhäusern, soweit *Multipolar* das Jahresdatum recherchieren konnte. Enthalten sind die Schicksale von 24 Personen mit jeweils ein bis vier Kündigungsfällen. Oft wurden jahrelange Geschäftsbeziehungen beendet – immer ohne Begründung.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) schreibt Multipolar, Kreditinstitute dürften »Kündigungen ohne Angabe von Grund tätigen«. Hierbei handele es sich »um geschäftspolitische Entscheidungen, die die Bafin nicht kommentiert«.

Eine These besagt, dass der Verfassungsschutz auf Banken einwirkt, Konten zu schließen. Doch dafür fehlt es laut *Bayerischem Rundfunk* »an einer Rechtsgrundlage«. Paragraf 8a Bundesverfassungsschutzgesetz erlaubt lediglich das Einholen von Auskünften – und das nur dann, wenn »schwerwiegende Gefahren« bestehen. Sollte hier aber tatsächlich »entbürokratisiert« werden, könnten sich Banken bald zweimal überlegen, ob sie sich mit regelmäßigen Behördenanfragen konfrontiert sehen wollen.

Ende 2022 wurde die Verharmlosung von Krieg potentiell strafbar. Wäre es denkbar, dass eine Bank wegen Beihilfe verurteilt wird, weil sie für ein Medium ein Konto führte, auf dem Spenden für den Betrieb einer Plattform eintrafen, auf der regelmäßig Krieg »verharmlost« worden ist? Hier käme es darauf an, ob Banker wussten, wofür die Geldeingänge dienen. Und ob sie das Ziel für unterstützenswert ansahen. Würde gegen das Portal *Apolut* tatsächlich

ermittelt werden, könnte sich die Volksbank Pirna schlecht herausreden, von allem nichts gewusst zu haben. Schließlich hatte ja schon der *Tagesspiegel* darüber berichtet – und nebenbei Bankchef Hauke Haensel in die Nähe von Russland gerückt.

Die Bankenaufsicht Bafin ist in dieser Frage jedoch unzuständig, wie aus einer Antwort auf eine *Multipolar*-Anfrage hervorgeht. Sie interessiert sich stattdessen dafür, ob der Geldeingang möglicherweise mit einer Straftat im Zusammenhang steht, »die eine Vortat der Geldwäsche darstellen könnte«. In diesem Fall müsste die Bank eine Verdachtsmeldung übermitteln.

Der Global Disinformation Index und ISD Germany lobbyieren bereits für eine stärkere Bafin. Beide erhielten in der jüngsten Vergangenheit Fördergelder von der Bundesregierung. 2021 veröffentlichten die Organisationen eine Studie über die Onlinefinanzierung von »Hassgruppen« in Deutschland, ihre Forderung: Die »potenzielle Finanzierung illegaler Aktivitäten« muss »Teil der Sorgfaltspflichten einer Bank und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen« werden.

Bei der Bafin gilt der Grundsatz: »Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim.« Es gibt den Fall, dass ein Bankkunde Steuern hinterzogen hat und Banker durch Überweisung von Geldern ins Ausland daran mitwirkten. Ihnen war die Absicht unbekannt. Sie handelten legal. Doch die Bafin prüft, ob dieses Handeln »Auswirkungen auf die persönliche Zuverlässigkeit der Geschäftsleiter« hat. Dann gerät der Bankvorstand unter Druck.

Auch wenn eine Verurteilung wegen Beihilfe zur Verharmlosung von Krieg weit hergeholt erscheinen mag – Mutmaßungen in der Presse und Medienberichte über Ermittlungen wären ohnehin der eigentliche Schaden. Die Angst um die eigene Reputation treibt Banken um.

EINBLICKE IN EIN Londoner Bankhaus

Im Juli 2023 war Brexit-Fürsprecher Nigel Farage wieder in den Medien. Die Bank beendete die Geschäftsbeziehung mit dem Politiker. Bei neun weiteren Geldhäusern hätte Farage kein neues Konto bekommen. Zunächst schien alles ganz simpel zu sein. So hieß es in der *Süddeutschen*: Wer beim Bankhaus Coutts »Kunde sein will, muss

»In demo müssen a publizier

Die Macher der Wochenzeitung Den inhaftiert, gefoltert, überwacht, ty auf relevante Spenden angewiese Verwendungszweck: Crowdfundin

mindestens eine Million Pfund bei der Bank investiert haben – oder mindestens drei Millionen Pfund an Ersparnissen vorweisen.« Und Farage war gerade einen Tick zu arm.

Doch dann kam ein internes Dossier ans Licht. Auf stolzen 40 Seiten befasste sich die Bank mit dem Politiker und einem Reputationsrisiko. Das Kreditinstitut problematisiert, dass Farage seine Beziehung zur Coutts-Bank öffentlich gemacht habe. (Spenden-finanzierte Medien kommen kaum daran vorbei.) In der Presse sei »viel Negatives über ihn berichtet« worden. Weiter heißt es, dass ein Ausschuss eine Fortführung der Bankgeschäfte mit Farage angesichts »seiner öffentlich geäußerten Ansichten« für unvereinbar mit der Position der Bank erachtet. Mit seinen Aussagen will man nicht »assoziiert werden«. Es gibt Meinungsverschiedenheiten in der Klimaoder Gender-Frage (LSBTIQ).

Das Dossier listet Belege für politisch inkorrektes Verhalten auf. Farage habe dem amerikanischen Medienmacher Alex Jones – ein Unterstützer von Donald Trump im Wahlkampf 2016 - ein Interview gegeben. Er sehe in der Nato-Osterweiterung eine Ursache des Ukraine-Krieges. Die Enthüllung schlug hohe Wellen. Auch weil die Muttergesellschaft der Coutts-Bank zu einem guten Drittel dem britischen Staat gehört. Premierminister Sunak kommentierte, es sei nicht richtig, ein Konto zu kündigen, weil eine Person »ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmt«. Nun plant die Regierung ein Gesetz: Für die Kündigung soll in Zukunft eine Frist von drei Monaten gelten und sie muss hinreichend begründet werden.

ILLIBERALES MEINUNGSKLIMA

Multipolar hat bei mehreren Banken recherchiert. Das zunehmend illiberale Meinungsklima ist demnach wesentlicher Faktor bei den Kündigungen – oder andersherum gesehen: eine zunehmend mutlose Gesellschaft. In einer Allensbach-Umfrage gaben 2014 noch 69 Prozent der Befragten an, frei über ihre politische Meinung reden zu können – 2023 waren es nur mehr 40 Prozent. Es geht, so viel wird deutlich, um eine zerfallende politische Mitte, die noch bereit ist, Stimmen verschiedener Seiten anzuhören und zu tolerieren.

Mittendrin stehen die Banken. Ein Spendenkonto für ein prominentes kritisches Medium führen? Erfordert »unheimliches Standvermögen« auf Leitungsebene. Die Angst vor Schmähkritik in den Tageszeitungen sorgt für kalte Füße. Der Vorstand steht zwischen den Fronten. Kollegen, Bankkunden, Journalisten, Aktivisten und Bürger: Die

okratischen Gesellschaften lle Journalisten en können«

nokratischer Widerstand (DW) und weitere wurden in der BRD systematisch verfemt, geschlagen, rannisiert sowie mit Fake-Anklagen und V-Leute-Angriffen überzogen. DW wehrt sich, ist aber n an Sodenkamp & Lenz Verlag, IBAN DE71 1705 6060 0101 0320 64, BIC: WELADED1UMP, g Prozesskosten.

oberste Etage muss sich erklären. Zunächst gegenüber Verwaltungs- oder Aufsichtsrat. Der Verband von Volksbanken oder Sparkassen kann Kreditinstitute zwar nicht bevormunden, mit wem sie Geschäfte machen. Aber auch ein Anruf in Sorge um die Reputation der gemeinsamen Marke macht Druck.

Das wirft ein neues Licht auf den Fall eines Unternehmens, das anonym bleiben will. Das Medium geriet zunehmend in die Kritik, verlor mehrere Konten, allerdings nur jene, die öffentlich sichtbar als Spendenkonto geführt wurden. Wie aus Bankkreisen verlautet, ist es wirtschaftlicher, 50 Kritikern zu kündigen, als 5000 Kunden zu verlieren, darunter größere Unternehmen, weil der Bank ein negatives Image anlastet.

Die Kreditinstitute haben wenig Interesse daran, sich gegenüber den Kontrollinstanzen zu exponieren. Die Bafin besitzt viele Möglichkeiten. Sie ordnet zum Beispiel »Kapitalzuschläge« an, verpflichtet also Kreditinstitute, mehr Eigenkapital zu halten, um die Bankeinlagen ihrer Kunden besser zu decken. Die Behörde kann davon Gebrauch machen, wie sie auf Multipolar-Anfrage schreibt, »soweit ein Institut vorhandene Reputationsrisiken nicht berücksichtigt, die die Aufsicht als wesentlich bewertet«. Doch kam so etwas überhaupt schon einmal vor? Eine Statistik dazu habe er leider nicht, antwortet ein Bafin-Mitarbeiter. Bei der Bewertung von Reputationsrisiken ist für die Aufsicht jedenfalls relevant, ob eine Tatsache in den Medien Beachtung finden dürfte. »Soziale Netzwerke« seien ebenfalls einzubeziehen.

Der Bankvorstand muss über einen ausreichend guten Ruf verfügen. Die Eignung der Führungspersonen ist gemäß Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) neu zu überprüfen »im Falle einer wesentlichen Auswirkung auf den Leumund eines Mitglieds des Leitungsorgans«. Verstöße gegen Vorschriften, Straftaten oder laufende Verfahren geben dazu den Anlass. Doch auch »sonstige negative Berichte mit relevanten, glaubhaften und zuverlässigen Informationen«, also lediglich Verdächtigungen, spielen eine Rolle. Ob es von Belang ist, wenn große Zeitungen einer Führungsperson enge Kontakte zu Extremisten nachsagen, wollte die Bafin nicht beantworten. Man äußere sich nicht zu »hypothetischen Fallgestaltungen«. Die Zuverlässigkeit eines Geschäftsleiters entscheide sich »in jedem Einzelfall anhand des konkreten Kandidaten«.

EXISTENTIELLE Folgen für medien

»Wir haben damals circa 50 Prozent der Daueraufträge verloren«, erinnert sich Apolut-Geschäftsführerin Lena Lampe an das Ende von *KenFM*. Von einem ähnlichen Szenario geht sie auch jetzt aus – nach der Kündigung durch die Volksbank Pirna. Aufwändig produzierte Formate wie »Positionen« oder »Zur Sache« erreichten oft Hunderttausende Zuschauer. Diese Sendungen sind, so Lena Lampe, seit 2021 nicht mehr finanzierbar, ebenso wenig wie »TreeTV« oder »Die Macher«.

Unabhängig von diesem Fall berichtet ein Medienunternehmen mit mehreren Mitarbeitern Ähnliches. Die Firma arbeitet seit etlichen Jahren und wurde um 2018 kurze Zeit Gegenstand negativer Presseberichte. Erst ab 2022 dann verlor das Medium nacheinander drei Konten. Eine leitende Person des Unternehmens schreibt auf Anfrage: »In allen Fällen haben wir natürlich die Unterstützer angeschrieben mit der Bitte, einen neuen Dauerauftrag einzurichten. In etwa die Hälfte tut dies, die andere Hälfte verliert man.« Wenn man alle verlorenen Spendeneinnahmen zusammenrechne, kosteten die Kündigungen das Medium bislang einen »hohen vierstelligen Betrag, wahrscheinlich sogar noch etwas mehr«. Hinzu kämen jedes Mal drei bis vier Tage Arbeit, um Unterstützer über das neue Konto zu informieren.

JOURNALISTENVERBÄNDE SCHWEIGEN

Die führenden Pressegewerkschaften äußern bislang keine öffentliche Kritik. Der Journalistenverband Berlin sah 2001, wie eingangs erwähnt, noch einen »Angriff auf die Pressefreiheit«. Damals hatte es die Junge Freiheit erwischt. Multipolar sprach die Organisation auf die einstige Kritik und den aktuellen Fall der Berliner Firma Apolut an – ohne Reaktion. DJV-Sprecher Hendrik Zörner erklärte sich in der Frage für unzuständig.

In den jährlichen Pressefreiheits-Berichten von »Reporter ohne Grenzen« wird De-Banking (Deutsch: Entbankung; red.) nicht problematisiert. Obwohl es sich offenkundig um ein wachsendes Problem für die Pressefreiheit handelt, steigt Deutschland in der Rangliste der vorbildlichen Länder.

DIE Auswege

Die gesellschaftlichen Probleme »erfordern eine intensive, unzensierte Diskussion, wenn wir jemals gute Lösungen für sie finden wollen«, sagt der Chefredakteur des britischen Magazins *UnHerd*. Eine »freie und ehrliche Diskussion« sei der einzige Weg, die Menschen zusammenzubringen. Auch oppositionelle Stimmen sollten sich auf finanzielle Basisdienstleistungen verlassen dürfen. Ohne ein Konto geht es nicht.

Gegen eine Kündigung kann man sich mit einer einstweiligen Verfügung wehren, schreibt die Fachanwältin für Bankrecht Kerstin Bontschev auf Anfrage. Gewöhnliche Banken haben zwar das Recht, grundlos zu kündigen, jedoch »nicht zur Unzeit«. Das ist etwa dann der Fall, wenn das Medium bei keiner anderen Bank ein Konto erhält. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen haben zudem das in Artikel 3 Grundgesetz verankerte Recht auf Gleichbehandlung zu beachten. Nach Urteil des Bundesgerichtshof verlangt deshalb jede Kündigung einen sachgerechten Grund.

Der Sparkassen- und Giroverband schreibt: »Als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute müssen Sparkassen allen gesellschaftlichen Gruppen, Personen oder Unternehmen, unabhängig von deren politischen Zielen, Zugang zu kreditwirtschaftlichen Leistungen ermöglichen.« Dennoch entscheiden Sparkassen im konkreten Einzelfall anders. Ken-FM und Apolut scheiterten mehrfach daran, ein Konto bei einer Sparkasse zu eröffnen.

Der gesetzliche Anspruch auf ein Basiskonto dürfte für Publizisten kein Ausweg sein. Denn das Privileg gilt nur für Verbraucher, nicht für Geschäftstätige. Ab einem gewissen Spendenaufkommen kann man kaum noch von einer privaten Kontonutzung sprechen. Die Sparkassengesetze einiger Bundesländer wie in NRW, Bayern oder Brandenburg sehen einen Kontoanspruch für natürliche Personen im eigenen Geschäftsgebiet vor, also für Menschen, nicht für Unternehmen oder Vereine. Dabei spielt es nach Ansicht des Sparkassen- und





Stella Assange, Anwältin und Gattin des Journalisten Julian Assange, begrüßt den DW-Ehrenherausgeber am Flughafen von Canberra unter dem Jubel des australischen Volkes. Fotoserie via Stella Assange

Giroverbands keine Rolle, ob eine private oder geschäftliche Nutzung beabsichtigt ist. Eine Generalklausel im Gesetz ermöglicht den Sparkassen jedoch, die Eröffnung oder Fortführung eines Kontos bei Unzumutbarkeit zu versagen.

BUNDESREGIERUNG: UNS IST DAS PHÄNOMEN NICHT BEKANNT

Die Pressestelle von Medienstaatssekretärin Claudia Roth teilte Multipolar mit: »Uns ist das ... skizzierte Phänomen von Kontokündigungen bei Spenden-finanzierten Medien nicht bekannt.« Generell sei »die Frage, ob und zu welchen Konditionen ein Konto bei einer Bank eröffnet oder gekündigt werden kann, vorrangig eine privatrechtliche« und liege außerhalb der eigenen Zuständigkeit. Auf Nachfrage, ob die Staatssekretärin eine gesetzliche Klarstellung befürworten würde, »dass Sparkassen, die Medienschaffenden ein Konto gewähren, auch jedem anderen Medienschaffenden auf Wunsch ein Konto einrichten müssen«, verwies die Medienstelle schlicht auf ihre vorangegangene Antwort.

Die der Bafin übergeordnete Behörde von Christian Lindner (FDP) schreibt: »Dem Bundesministerium der Finanzen sind derzeit keine Fälle von Unternehmen bekannt, die Probleme mit der Eröffnung von Girokonten bei deutschen Kreditinstituten haben. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass es sich bei der Eröffnung eines Girokontos um eine geschäftspolitische Entscheidung handelt, die grundsätzlich im freien Ermessen des betroffenen Kreditinstituts liegt. Unternehmen in Deutschland einen gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto zu verschaffen, ist aktuell nicht geplant. Gleiches gilt für die Ausweitung des gemäß Paragraf 31 Absatz 1 Zahlungskontengesetz bestehenden Verbraucheranspruchs auf ein Basiskonto auf Unternehmen oder juristische Personen.«

Die Anwältin Kerstin Bontschev gibt Contra: Es brauche »Sicherheit, um unternehmerische Freiheit zu garantieren«. Die Berufsfreiheit könne auf null reduziert werden, wenn ein Unternehmer ohne Konto dastehe. Der Staat verlangt Steuern, schließt die Finanzkassen für Barzahler, aber belässt es zugleich dabei, dass Unternehmen kein Anspruch auf ein Konto besitzen.

In demokratischen Gesellschaften mit Pressefreiheit müssen alle Journalisten und Medien – auch die regierungskritischen – recherchieren und publizieren können, ohne dass ihnen von staatlichen oder privaten Akteuren strukturelle Hindernisse in den Weg gestellt werden. Der Staat steht in der Verantwortung, dafür zu garantieren.

Über den Autor: Hakon von Holst, Jahrgang 1999, nahm als Schüler an den Prostesten gegen Stuttgart 21 teil, verließ die Schule ohne Abschluss, um sich selbstständig fortzubilden. Ab 2016 Mitarbeit an Permakultur-Projekten, Ausbildung auf einem Permakultur-Hof. Seit 2020 journalistisch tätig, 2022-23 Studium an der Freien Akademie für Medien & Journalismus. Thematische Schwerpunkte sind Agrarpolitik sowie Finanzwirtschaft, insbesondere die Verdrängung des Bargelds. Veröffentlichungen unter anderem in der Berliner Zeitung, bei Manova sowie auf dem Blog von Norbert Häring. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) übernimmt diesen Text wegen dessen allgemeiner Relevanz kollegial in diese DW-Ausgabe mit Anpasungen an die Erfordernisse einer gedruckten Zeitung.

»BEI 60 ANFRAGEN GIBT ES EINE ZUSAGE«

Im »besten Deutschland aller Zeiten« hat sich die Cancel Culture längst etabliert. Nikolai Binner weiß das aus eigener Erfahrung. Während der Plandemie machte er sich in seinen Sketchen unter anderem über die Absurdität der Corona-Maßnahmen und die Hetze der Konzernmedien gegen Andersdenkende lustig. Die Folgen spürt er bis heute – doch der Comedian ist »uncancelbar« | INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Sie gelten als der »gefährlichste *Comedian* Deutschlands«. Was macht Sie so gefährlich?

Nikolai Binner: Gar nichts. Ich mache nur Comedy, aber ich sage offen und ehrlich meine Meinung und die passt eben einigen nicht.

DW: Ihr aktuelles Programm heißt »Uncancelbar«. Wie schwer fällt es Ihnen, im Jahre 2024 Bühnen für Ihre Shows zu finden?

N.B.: Meine *Bookerin* sagte mir vor wenigen Tagen, dass wir bei 60 Anfragen eine Zusage erhalten. So ist das eben in diesen Zeiten. Ohne Corona wäre ich als *Comedian* heute wohl noch bekannter und erfolgreicher. Aber was viel wichtiger ist: Ich bin mir treu geblieben, war immer authentisch.

»SICH EINGESTEHEN ZU MÜSSEN, DASS MAN VERARSCHT WURDE, IST SEHR SCHMERZHAFT«

DW: Unser letztes Interview liegt etwa zwei Jahre zurück. Damals war Corona noch das große Thema. Inzwischen wurden die RKI-Protokolle veröffentlicht, die beweisen: Die vermeintliche Pandemie war ein Fake. Viele Menschen haben das offenbar immer noch nicht realisiert. Wie nehmen Sie es wahr?

N.B.: In meinem Umfeld ist Corona schon lange kein Thema mehr. Daran haben auch die RKI-Files nichts geändert. Ich denke, die meisten Menschen würden ihr damaliges Handeln auch dann noch verteidigen, wenn sich Christian Drosten heute vor die Mikrofone stellen und zugeben würde, dass die ganze Pandemie-Geschichte frei erfunden war. Sich eingestehen zu müssen, dass man verarscht wurde, ist eben sehr schmerzhaft.

DW: Der alltägliche politische Wahnsinn, der uns umgibt, wird zunehmend irrer, als er ohnehin bereits ist. Wie gehen Sie damit um?

N.B.: Ich schaue schon lange keine

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 179 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 178 vom 22. Juni 2024.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de/abo



Im DW-Interview in Ausgabe 101 sagte Nikolai Binner: »Ich glaube, es geht gar nicht so sehr darum, gegen die Agende des Great Reset anzukämpfen. Viel wichtiger ist: Wir müssen endlich aufhören mitzumachen.« Mit seinem Programm »Uncancelbar« ist der Comedian quer durch Deutschland unterwegs. Termine: 20.7. Frankfurt, 26.7. Fürth, 24.8. Bremen, 7.9. Hamburg, 5./6.10. Stuttgart. Das Publikum erwartet ein Mix von Witzen zu Themen wie z. B. Massenmigration, Nazi-Framing, Transgender, zudem bringt Binner viele persönliche Geschichten aus seinem Leben mit ein. Foto: Olivia Fix.

Nachrichten mehr, lese auch keine alternativen Telegramkanäle. Das politische Weltgeschehen geht also fast komplett an mir vorbei, weshalb ich sehr entspannt bin. Ich beschäftige mich neben meiner Arbeit lieber mit spirituellen Themen: Körper, Geist und Seele. Ich war lange Zeit meines Lebens auf einem Selbstfindungstrip - bis ich auf meinem Weg zu Gott gefunden habe. Ich bete täglich, gehe regelmäßig in die Kirche. Das gibt mir sehr viel Kraft. Ansonsten versuche ich, eine gute Zeit zu haben, bin viel in der Natur unterwegs, treffe mich mit Freunden, bereise andere Länder. Das ist schöner und deutlich gesünder, als mir Sorgen über einen möglichen Dritten Weltkrieg zu machen.

DW: Was sich vor einigen Wochen auf Sylt ereignete, haben Sie aber sicher mitbekommen?

N.B.: Klar! Döp, Dö, Dö, Döp (lacht) — es hat ein paar Wochen gedauert, bis ich den Ohrwurm wieder los war. Man muss sich das mal vorstellen: Die Hälfte aller Jugendlichen im Land hört täglich Rap-Songs, in denen es darum geht, Frauen zu verprügeln, Polizisten abzustechen oder für den IS zu kämpfen. Dann grölen ein paar betrunkene Kinds »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« — dieser Text passt wirklich verblüffend genial zur Melodie — und das soll dann plötzlich schlimmer sein als alles andere? Das, was daraus gemacht wurde, war traurig, aber auch vorhersehbar.

DW: Inwiefern?

N.B.: So ist das leider, wenn der Deutsche in seiner Schuldkomplex-Programmierung getroffen wird. Wir sind eben ein böses Täter-Volk. Ich habe oft das Gefühl, die Deutschen sind wie eine durchprogrammierte Biomasse. Wenn du Knopf X, Y drückst, weißt du, welche Reaktion kommt. Dass viele Menschen hierzulande so berechenbar sind, finde ich sehr schade. Es findet kein Nachdenken, keine Selbstreflexion statt.

Es ist das Ergebnis einer langen Indoktrination.

»SCHON EINE PALME WÄRE EIN BESSERER KANZLER ALS OLAF SCHOLZ«

DW: Messerstechereien sind in Deutschland inzwischen an der Tagesordnung. Kanzler Scholz will die verstärkte Kriminalität nun mit Waffenverbotszonen eindämmen.

N.B.: Wie absurd! Schon eine Palme wäre ein besserer Kanzler für unser Land als Olaf Scholz. Es ist mal wieder eine kosmetische Maßnahme, die nur an der Oberfläche kratzt. Dabei müsste man doch der Frage auf den Grund gehen: Wie kommt es eigentlich dazu, dass Menschen bei uns mit Waffen herumlaufen und auch noch gewillt sind, diese gegen andere einzusetzen? Leider wird diese Ursachenforschung konsequent vermieden.

DW: Am 9. Juni 2024 war Europawahl. Sind Sie wählen

gegangen?

N.B.: Nein, es gibt keine Partei, der ich noch traue. Macht korrumpiert. Und ich glaube, dass es sich bei den Leuten, die in die Politik gehen, um einen bestimmten Menschenschlag handelt, der sehr anfällig ist für die Verlockungen der Macht. Die meisten von ihnen mutieren, wenn sie erstmal an den Hebeln der Macht sitzen, schnell zu einem Fähnchen im Wind. Dann tun sie alles, um ihre Position zu sichern. Den Allerwenigsten geht es ums Gemeinwohl.

DW: Haben Sie schon die »Tagesschau in einfacher Sprache« gesehen?

N.B.: Nein, aber Freunde berichteten mir davon. Sie hielten es zunächst für einen KI-Fake. Mich überrascht das Format nicht. Das Volk wird immer dümmer, die Allgemeinbildung sinkt immer weiter, schulische Standards werden immer weiter abgesenkt. Das alles ist so gewollt, denn dumme Menschen sind einfacher zu lenken. Und es ist offensichtlich: Deutschland und der Westen sollen gezielt zerstört werden. Der Westen hat zwar auch viele Fehler gemacht, aber er basiert auf christlichen Werten und hat viel Wohlstand hervorgebracht. Es ist ein Kampf zwischen Gut und Böse, der da stattfindet. Meiner Meinung nach stecken satanische Kräfte dahinter.

DW: Hat sich der Widerstand seit Frühjahr 2020 gelohnt?

N.B.: Auf jeden Fall! Jede Kraft erzeugt eine Gegenkraft. Immer mehr Menschen *checken*, was abgeht und sie machen deutlich, dass sie keinen Bock darauf haben. Das zeigen auch die Wahlergebnisse. Dem *Establishment* laufen zunehmend die Leute davon. Es findet ein gesellschaftlicher Wandel zum Positiven statt, weshalb ich zuversichtlich in die Zukunft blicke.

DW: Nikolai, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Hin Da! KULTURKALENDER

Juni / Juli 2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • AUSSTELLUNG • »AntiARTIG & UncancelBAR – Zensiertes unzensiert« von Rudolph Bauer, Oliver Sperl, Jill Sandjaja und Arndt Nollau • Mittwoch – Freitag 17:00 – 22:00 Uhr • Eintritt frei

29.06.2024 • Stralsund; Genossenschaftsladen Menschlich wirtschaften, Wasserstr. 72, 18439 Stralsund • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

04.07.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • BUCHVORSTELLUNG • »Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis« von Sevim Dagdelen, außenpolitische Sprecherin des BSWs • 19:00 Uhr • Tickets: 5 € unter emma-events.com

07.07.2024 • Banzkow; Am Neddelrad / Holzplatz am Störkanal, 19079 Banzkow • FESTIVAL • »Waldklang Festival« mit vielen Künstlern, wie auch Bustek, Lapaz und Goethe, Workshops u.v.m. • 10:00 Uhr – 20:00 Uhr • Eintritt frei, weitere Informationen unter: rosaherz-ev.de

11.07.2024 • Schopfheim; Marktplatz, Hauptstr. 31, 79650 Schopfheim • KONZERT • »Wir gehören zusammen« NENA Live-Open-Air • 20:00 Uhr • Tickets: ab 62 € unter eventim.de

17.07. - 21.07.2024 • Menz; Buddhistisches Institut, Neuruppiner Str. 6, 16775 Stechlin • FESTIVAL • »Fest für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Freude« Workshops wie z.B. Yoga, Tai chi u.v.m., Live Musik, gemeinsam kochen und essen, zelten • Anmeldung und weitere Informationen unter: fest-im-norden-2024@oberhavel-steht-auf.de

24.-28.07.2024 • Friesack bei Berlin; Freilichtbühne, Vietznitzer Str. an der L17, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica« • Anmeldung und weitere Informationen unter: pax-terra-musica.de

03.08.2024 • Hamburg; Angelklub, Fischmarkt 18, 20359 Hamburg • KONZERT • Rapbellions live on stage • 18:00 Uhr, Einlass 17:30 Uhr • Tickets: 30 € unter emma-tickets.com

11.08.2024 • Bad Zwischenahn; Nordloher Str. 25, 26689 Godensholt • VORTRAG • »Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession« mit Prof. Dr. Stefan Homburg • 15:00 Uhr − 17:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

17.08.2024 • Hanau; Amphitheater, Philippsruher Allee 45, 63454 Hanau • KONZERT • »Wir gehören zusammen« NENA live • 19:30 Uhr • Tickets: ab 55 € unter eventim.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über https://nichtohneuns.de

Feuilleton

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich. Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DIE NEUE NORMALITÄT
Auf dem Weg in die Dystopie
Bruder/Bruder-Bezzel/Lemke/
Stahmer-Weinandy (Hgg.)
Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-540-6



FREIE WAFFEN FÜR DEN EIGENSCHUTZ Lars Konarek Kopp, Rotteburg am Neckar 2024 ISBN 978-3-98992-024-8



FREIHEUT Handbuch für den Tiger in dir

Monika Donner Monithor-Verlag ISBN: 978-3950331462



GEGENDRUCK Das Manova-Magazin

Ullrich Mies und Annette van Gessel (Chefredaktion) Manova-Edition ISBN: 978-3-911394-01-7



DIE CORONA-LITANEI Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-8-4



RICHTIGSTELLUNG
Es war noch nie falsch,
quer zu denken!
Michael Ballweg,
Mathias Bröckers, Ralf Ludwig
Tiger Press
ISBN: 978-3-910972-02-5



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-7-7



CANCEL CULTURE
Wie Propaganda und Zensur
Demokratie und Gesellschaft
zerstören
Michael Meyen
Hintergrund-Verlag
ISBN: 978-3-910568-07-5



DIE GROSSE AUFARBEITUNG Grüner Verein für Grundrechte und Informationsfreiheit (Hg.) Pro Media, Wien 2024 ISBN 978 85371 5390



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



SPORT MIT BERTHOLD

FRIEDENSSPIEL IN RUSSLAND?

Seit Jahren schreibt der Sportexperte Thomas Berthold für die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW) seine Sportkolumne. Nun schlägt Berthold im EM-*Podcast* des Widerstandes ein Friedensmatch mit Starbeteiligung vor.

»60 Minuten müssten eigentlich reichen«, erläuterte Berthold im Gespräch mit *DW*-Chefredakteur Anselm Lenz. Er sei mit Sportgrößen fast täglich in *Chat*-Kontakten, darunter sei, um nur ein einzelnes Beispiel zu nennen, der weltberühmte dänische Torhüter Peter Schmeichel. Die dänische Elf wird nach dem erfolgreichen Vorrundenabschneiden bei der Fußball Europameisterschaft am Wochenende der Gegner der deutschen Mannschaft sein.

»Sport ist Frieden«, erläuterte Berthold mehrfach in seiner *DW*-Sportkolumne an dieser Stelle. Der Ausschluss der russischen Sportler aus politischen Gründen von Qualifikation und Turnier seien eine Schande. Berthold sprach auch auf das Ausbleiben ernsthafter Friedensbemühungen aus dem Westen an. Als möglichen Übertragungspartner für das Friedensspiel mit Starbesetzung in Russland

brachte Lenz den Sender *Aufi* ins Spiel, sowie die Schirrmherrschaft durch den bekennenden Friedensfreund Papst Franziskus.

Den EM-Podcast zeichnen Berthold und Lenz unter dem Titel »Sommermärchen und Wahrheit mit Thomas Berthold« seit Anfang Juni auf und veröffentlichen die Gespräche unter anderem in der You-Tube-Präsenz dieser Wochenzeitung. Bei der Aufzeichnung der vierten Folge, in der Berthold seine Idee spontan und »live on Tape« aufbrachte, »weigerte« sich das Microsoft-Programm, die Aufzeichnung auf den Rechnern abzuspeichern. - Sicherlich nur ein seltener Bedienfehler, »menschliches Versagen«. Und so wird in der weiteren Folge Bertholds Vorschlag an die Sportwelt für den Frieden erneut vorgetragen werden. Frisch auf! Ein weiterer Grund für die gedruckte Zeitung, denn die Digitaltechnik ist nicht nur zensier- und manipulierbar, sondern auch noch viel zu häufig unausgereift und unzuverlässig. Wir nicht!



»Sommermärchen & Wahrheit«, der offizielle EM-Podcast der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit DW-Sportchef Thomas Berthold (I.) ist auf YouTube und weiteren Seiten im Netz nachzuvollziehen. Foto: DW

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



WER BESTIMMT DEN LAUF DER ZEIT?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von S. U. I.

Im 6. Jahrhundert vor Christus hatte der mächtige König Nebukadnezar II. einen Traum, der ihn zutiefst beunruhigte. Es fand sich nach langer Suche ein einziger Mann unter seinen Gelehrten, ein Hebräer, dem Gott den Traum und seine Deutung offenbarte:

Du, König, schautest, und siehe, ein sehr großes und hohes und hell glänzendes Bild stand vor dir, das war schrecklich anzusehen. Das Haupt dieses Bildes war von feinem Gold, seine Brust und seine Arme waren von Silber, sein Bauch und seine Lenden waren von Bronze, seine Schenkel waren von Eisen, seine Füße waren teils von Eisen und teils von Ton. Das schautest du, bis ein Stein herunterkam, ohne Zutun von Menschenhänden; der traf das Bild an seinen Füßen, die von Eisen und Ton waren, und zermalmte sie. Da wurden miteinander zermalmt Eisen, Ton, Bronze, Silber und Gold und wurden wie Spreu auf der Sommertenne, und der Wind verwehte sie, dass man sie nirgends mehr finden konnte. Der Stein aber, der das Bild zerschlug, wurde zu einem großen Berg und füllte die ganze Welt. Das ist der Traum. (Daniel 2, 31-36)

Dieser jüdische Prophet Daniel sieht und deutet die Weltgeschichte (vergleiche Daniel

2,37f). »Du, König, bist das goldene Haupt«
– das vergeht, wie alle Weltreiche danach.
Die Weltgeschichte endet bei den »geteilten« Füßen: Reiche, die sich durch Heirat vermischen, aber keinen wirklichen Zusammenhalt mehr haben. Dann kommt der große Stein - von Gott selbst initiiert, und das (nichts anderes!) ist der wahre »Neustart« für die Welt!

Was bedeutet diese biblische Prophetie für uns heute?

Weltreiche sind »schrecklich«, aber lösen sich ab – und auf.

Gott ist der Handelnde. Wir Menschen gestalten nur in dem uns verliehenen Machtfeld – und sind rechenschaftspflichtig. Wie Jesus zu Pilatus sagte: »Du hättest keine Macht über mich, wenn es dir nicht von oben gegeben wäre.« (Joh 19,11) Wir können uns nur innerhalb der gesetzten Zeiten verhalten – nicht aber die Zeiten selbst bestimmen. Wir haben vielleicht die Verantwortung, »dem Rad in die Speichen zu fallen« (Dietrich Bonhoeffer), ein Licht in einer dunklen Welt zu sein oder Schutzräume zu schaffen in bösen Zeiten. Bleiben wir bescheiden – und stets aktiv im Gutes Tun.

Mit Christus kam der Stein von oben ins Rollen. »Dein Reich komme« beten Christen seither. Dieses Reich schließt auch künftig das »Reich für Israel« (Apg 1,6) mit ein, wenn vom »großen Berg« das 1000-jährige messianische Friedensreich aufgerichtet wird.

Vertrauen wir diesem Zeitenlenker. Und tun das Gute.

Die Autorin veröffentlicht anonym, da ihr Arbeitgeber eine namentliche Mitarbeit in dieser Zeitung ablehnt. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

unsere Machthaber kommen nicht mehr drumherum, ihre Verbrechen bekennen zu müssen. Nun drohte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im schläfrigen Sommerinterview an, Corona mit sogenannte Bürgerräten »aufarbeiten« zu wollen.

Die regierungsnahe Tagesschau weiß hierzu berichten, dass »etwa 160 zufällig ausgeloste Mitglieder sich mehrfach treffen würden und am Ende ein Bürgergutachten erarbeiten.« – Ganz sicher werden diese Menschen »zufällig« ausgewählt. Ganz sicher. Und ihre »Experten« wollen sie dabei auch wieder stellen. »Experten«, die die Teilnehmer »am Anfang auf einen gemeinsamen Wissensstand« einschwören und danach noch »für Fragen ansprechbar« sind. Mit den erarbeiteten Vorschlägen, könnten die »Verantwortlichen« dann umgehen, wie sie lustig sind.

Es könnte aber auch eine sogenannte »Enquete-Kommission« bestellt werden, die nur aus ihren »Experten« besteht. Oder eine Mischung aus »zufälligen« Bürgern und »Experten«.

> AUFKLÄRUNG IST HIER!

Wir leisten mit dieser Zeitung seit Ausgabe N°1 im April 2020 Aufklärungsarbeit. Aufklärung, welche die von der Regierung bestellten »Experten« nicht leisten werden. Wenn Sie echte Aufklärung wünschen und einfordern, dann unterstützen Sie diese Zeitung und uns, ihre Macher, mit einem Abonnement, einer Spende oder dem Verteilen dieser Zeitung.

Denn während in den Konzern- und Regierungsmedien vordergründige »Aufarbeitung« betrieben wird, werden weiterhin die Demokraten dieses Landes, die im Moment der Verbrechen für Menschlichkeit, Republik und Wissenschaftlichkeit antraten, vor Gericht gezerrt und ins Gefängnis gesteckt.

Wir werden weitermachen, bis wir alle unseren verdienten Platz in der Geschichte unseres Landes erhalten haben.

Hier können Sie uns dabei unterstützen:

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus IBAN: : DE71 1705 6060 0101 0320 64 Verwendungszweck: Crowdfunding

Vielen Dank!

Mit demokratischen Grüßen Hendrik Sodenkamp DW-Mitherausgeber und Verleger

ZITAT DER WOCHE

FEIGLINGE

»Die größte Enttäuschung meines Lebens war zu lernen, dass sogar intelligente Leute Feiglinge sein können, und dass Mut eine viel seltenere Eigenschaft als Intelligenz ist.«

Julian Assange, Journalist

Samstag, 29. Juni 2024

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. 3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmit-

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die

verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen

und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze

der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre. (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über il Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werder wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. (5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntmisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
 (2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
 (3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheit-lichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Ge-

setz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die

Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen. (4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfinfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden. (5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden. (4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der

Remmusse ist nur zum zwecke der Stratvertolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle. (7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abweht einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an

einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a (1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(1) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen

werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser

Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberück-

sichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

edermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

APTUKE 1 174
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden. (2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. (3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere

Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung

sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Wider-

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag. **BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG**

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2024 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES: V

Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de — oder —

Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15. EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

.

TELEFON • E-MAIL _____ STRASSE, HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT

DW-Zeitung Postfach 35 02 16 10211 Berlin

Die kommende Ausgabe DW 180 erscheint am Samstag 6. Juni 2024!